



USA-Länderbericht 2020

Die USA am Scheideweg. Wirtschaftliche Lage, Wahl-Szenarien und die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses

- **US-Konjunktur in der Pandemie auf Talfahrt:** Die Corona-Pandemie hat die US-Wirtschaft in eine schwere Rezession gestürzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA brach im zweiten Quartal 2020 um 31,4 Prozent (annualisiert) ein; eine Erholung ist nicht in Sicht. Schätzungen für das gesamte Jahr 2020 rechnen mit einem Rückgang des BIP um vier Prozent.
- **Der Schuldenberg wächst:** Das Haushaltsdefizit der USA liegt im Fiskaljahr 2020 bei 3,1 Billionen US-Dollar – mit 14,8 Prozent des BIP (BIP im Fiskaljahr 2019) das größte Defizit der USA seit 1945. Da sich Kongress und Präsident bisher nur auf eine Übergangsförderung einigen konnten, wird sich der Kongress zwischen den US-Wahlen und der Vereidigung des neuen Präsidenten erneut mit dem US-Haushalt für das laufende Fiskaljahr auseinandersetzen müssen – sonst droht ein Shutdown.
- **Der amerikanische Traum bleibt für viele ein Traum:** Nachfolgende Generationen haben immer schlechtere Chancen, ein höheres Einkommen als das der Eltern zu erzielen. Die Ernsthaftigkeit der wirtschaftlichen Lage zeigt sich an den US-Arbeitslosenzahlen. Diese stiegen im April auf 14,7 Prozent – der höchste Wert seit der Großen Depression. Auch die Armut und Einkommensungleichheit sind im Ländervergleich alarmierend hoch.
- **Wahlen in einem polarisierten Land:** Die Amerikaner sind tief gespalten in ihrer Bewertung der Präsidentschaft von Donald Trump. Die starke Polarisierung zeigt sich auch im gesellschaftlichen Diskurs. Die Einstellungen zu politischen Kernthemen, wie Chancengleichheit, Immigration und Religion, liegen noch weiter auseinander als 2016. Das Wahljahr 2020 ist ein Härte-test für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den USA.
- **Unsicherheit und Unplanbarkeit unter Trump:** Trumps unberechenbare Symbol- und Twitterpolitik, der „America First“-Ansatz und sein Nullsummen-Denken in internationalen Wirtschaftsbeziehungen machen wenig Hoffnung auf eine Senkung bestehender Zölle, ein ambitioniertes EU-US-Freihandelsabkommen und eine Lösung im Streit um Zölle auf Stahl und Aluminium. Vielmehr droht eine weitere Eskalation im Handelskonflikt mit China und ein weiteres Abkühlen im transatlantischen Verhältnis.
- **Verbesserte Zusammenarbeit unter Biden:** Biden erklärt sich als Transatlantiker, setzt aber gleichzeitig auf die Förderung heimischer Produktion und schließt Zölle nicht aus. Sein Interesse an internationalen Organisationen und multilateralen Lösungen macht dennoch Hoffnung auf einen Neustart der transatlantischen Zusammenarbeit. Unter Biden wird Europa mehr internationale Verantwortung übernehmen müssen. Statt sich hinter der Kritik an Trump zu verstecken, muss sich die EU stärker geopolitisch positionieren.

Inhaltverzeichnis

Wirtschaftliche Lage	3
Wirtschaftswachstum	3
Einkommen und Konsum und private Verschuldung	4
Armut, Ungleichheit und soziale Mobilität	5
Beschäftigung	6
Haushalt und Fiskalpolitik	8
Außenhandel	9
Bilanz: Trumps Wirtschafts- und Handelspolitik	11
Die USA im Wahljahr	13
Polarisierung	13
Besetzung des U.S. Supreme Court	14
Die Wahlen 2020	15
Zukunft der transatlantischen Beziehungen	19
Lage der transatlantischen Beziehungen	19
Szenario Trump	21
Szenario Biden	22
Quellenangaben	25
Impressum	29

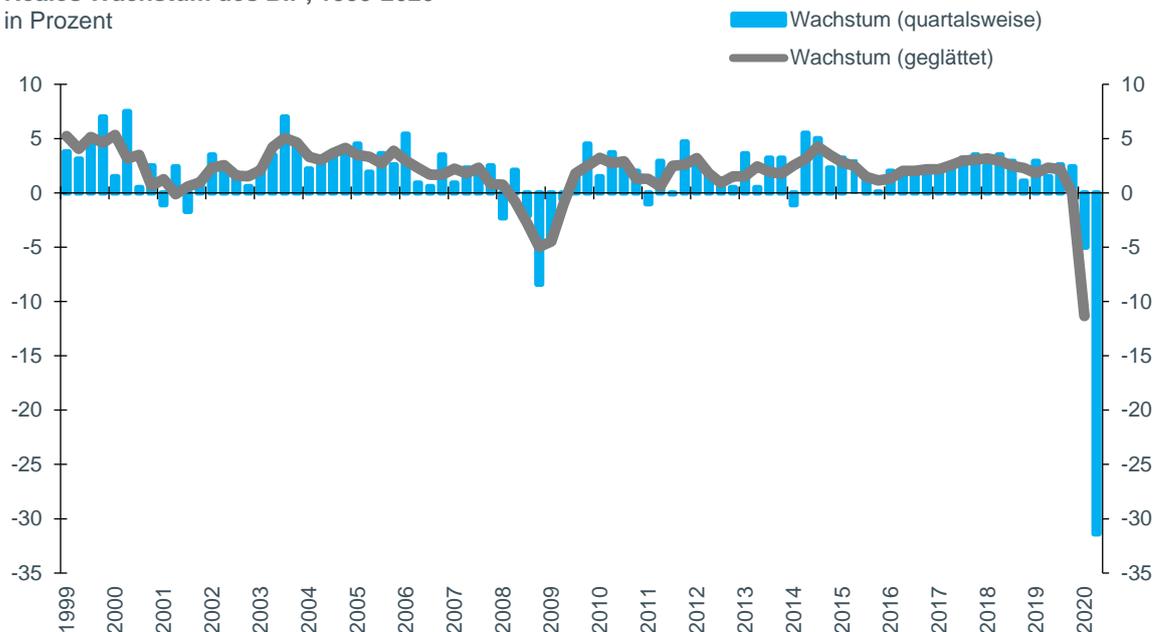
Wirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum

Die Corona-Pandemie hat die US-Wirtschaft in eine schwere Rezession gestürzt. Nach Zahlen des Bureau of Economic Analysis (BEA) verzeichnete die US-Wirtschaft im vierten Quartal 2019 noch ein annualisiertes Wachstum von 2,4 Prozent und damit seit dem zweiten Quartal 2014 ein stetiges **BIP-Wachstum**. Mit Beginn der weltweiten Pandemie wurde dieser Trend unterbrochen. Das US-BIP schrumpfte im ersten Quartal 2020 um annualisiert fünf Prozent. Noch deutlicher wurde das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus im zweiten Quartal 2020: Das US-BIP brach um 31,4 Prozent annualisiert ein (BEA 2020a). **Schätzungen für das gesamte Jahr 2020** sind zwar nicht vielversprechend, Prognosen wurden in den letzten Wochen in Teilen jedoch wieder nach oben korrigiert und machen etwas Hoffnung. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet in seinem neuesten World Economic Outlook von Oktober 2020 mit einem Rückgang des realen US-BIP um 4,3 Prozent im Jahr 2020 (IWF 2020). Im April 2020 erwartete der IWF noch ein Minus von 5,9 Prozent, im Juni waren es minus 8 Prozent. Die OECD rechnet mit einem Ganzjahresrückgang von 3,8 Prozent (OECD 2020a). Dies ist ebenfalls eine optimistischere Prognose als die Einschätzung des OECD Outlook im Juni 2020 mit einem erwarteten Rückgang des BIP um 7,3 bis 8,5 Prozent im Jahr 2020 (OECD 2020b). Auch die Federal Reserve korrigierte ihre Prognosen im September 2020 und erwartet nun einen Rückgang für 2020 von 3,7 Prozent des BIP (Federal Reserve 2020).

Das Wachstum des US-BIP wird insbesondere durch den starken **Rückgang privater Konsumausgaben und privater Sachinvestitionen gedämpft**. Erstere sanken im ersten Quartal 2020 auf das Jahr gerechnet um 6,9 Prozent und im zweiten Quartal 2020 um ganze 33,2 Prozent (BEA 2020a). Private Sachinvestitionen sanken im ersten Quartal 2020 um 1,4 Prozent und gingen im zweiten Quartal um 29,2 Prozent zurück (BEA 2020a, jeweils annualisiert).

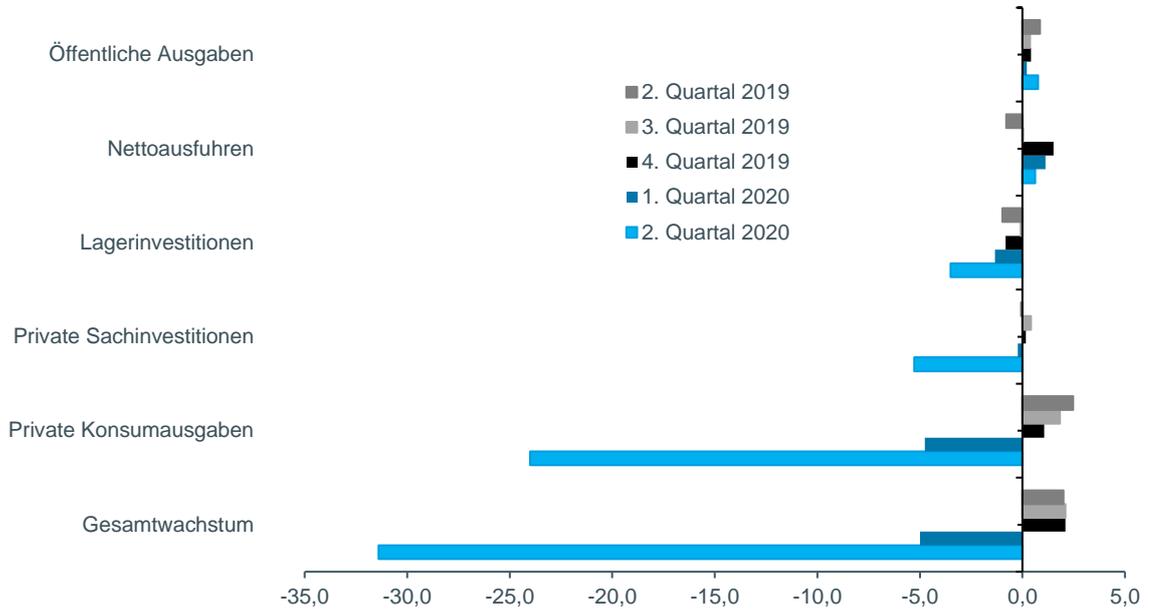
Reales Wachstum des BIP, 1999-2020
in Prozent



Quelle: Bureau of Economic Analysis, *Gross Domestic Product: Percent Change from Preceding Period*, <<https://www.bea.gov/national/xls/gdpchg.xls>> (eingesehen am 12. Oktober 2020).

Beitrag zum BIP-Wachstum nach Komponenten

Quartalsweise im Vergleich zum Vorjahresquartal in Prozentpunkten



Quelle: Bureau of Economic Analysis, *Contributions to Percent Change in Real Gross Domestic Product*, <<https://www.bea.gov/news/2019/gross-domestic-product-3rd-quarter-2019-advance-estimate>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

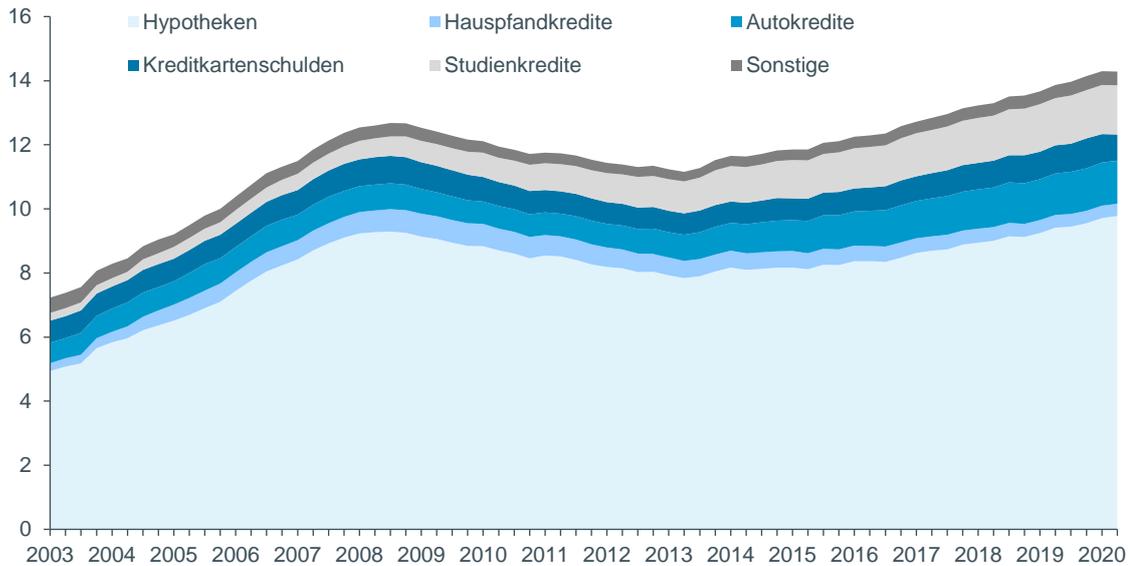


Einkommen und Konsum und private Verschuldung

Im zweiten Quartal 2020 betrug das verfügbare **Einkommen** pro Kopf auf das gesamte Jahr gerechnet 50.235 US-Dollar (Federal Reserve Bank of St. Louis 2019a). Damit legte das verfügbare Einkommen im Vergleich zum Vorquartal trotz hoher wirtschaftlicher Verluste deutlich zu, und zwar um 9,9 Prozent. Dieser Gewinn an verfügbarem Einkommen ist mit den getroffenen Fiskalmaßnahmen aus dem CARES Act zu erklären: Unter anderem erhielten Haushalte Direktzahlungen von mehr als 1.000 US-Dollar aus der Staatskasse. Mit knapp 70 Prozent des BIP ist der **private Konsum** traditionell Motor der US-Wirtschaft. Die Corona-Pandemie hat jedoch zu einem starken Rückgang der privaten Konsumausgaben geführt. Im zweiten Quartal 2020 gingen diese um knapp zehn Prozent im Vergleich zum Vorquartal zurück. Laut der Federal Reserve Bank of New York lag die **Gesamtverschuldung privater Haushalte** im zweiten Quartal 2020 bei 14,27 Billionen US-Dollar (Federal Reserve Bank of New York 2020). Nachdem die private Verschuldung bis zum ersten Quartal 2020 23 Quartale in Folge angestiegen war, reduzierte sie sich leicht um 30 Milliarden US-Dollar (entspricht ungefähr 1,9 Prozent des verfügbaren Einkommens) im zweiten Quartal, während Haushalte ihre Sparquote deutlich erhöhten. Die private Verschuldung liegt aber weiter mehr als eine Billion US-Dollar über dem letzten Höchststand von 12,68 Billionen US-Dollar (Q3/2008) während der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Gesamtschulden der US-Privathaushalte

Billionen US-Dollar, 2003 bis zweites Quartal 2020



Quelle: Federal Reserve Bank (New York), *Quarterly Report on Household Debt and Credit*, <https://www.newyorkfed.org/microeconomics/hhdc.html> (eingesehen am 14. Oktober 2020).

**Armut, Ungleichheit und soziale Mobilität**

Bereits in den letzten Jahren zeigte sich, dass Armut in den USA längst nicht mehr ein Phänomen der innerstädtischen Bezirke ist. So waren in den letzten zwanzig Jahren zunehmend Gemeinden in den Vororten, den *Suburbs*, betroffen. Aktuelle Einschätzungen zufolge dürfte die Kluft zwischen Arm und Reich aufgrund der Corona-Pandemie weiter wachsen. Als arm gilt in den USA eine vierköpfige Familie, der weniger als 25.370 US-Dollar im Durchschnitt jährlich zur Verfügung steht (U.S. Census Bureau 2019). Einer Analyse von Wissenschaftlern der Columbia University zufolge ist die monatliche Armutsrate von 15 Prozent im Februar 2020 auf 16,7 Prozent im September angestiegen (Parolin et al. 2020). Bei diesen Berechnungen wurden staatliche Hilfszahlungen im Rahmen des im März 2020 verabschiedeten Rettungspaketes „CARES-Acts“ bereits berücksichtigt. Eine Zunahme in der monatlichen Armutsrate sei dabei insbesondere bei Kindern zu beobachten. So stieg die monatliche Armutsrate für Amerikaner unter 18 Jahren im September 2020 auf 20,4 Prozent an. Dies ist eine Steigerung um 4,9 Prozentpunkte seit April 2020. Aber auch in afroamerikanischen und hispanisch-stämmigen Bevölkerungsgruppen nahm die Armutsrate in den letzten Monaten stark zu. Für US-Amerikaner hispanischer Ethnizität stieg sie seit Jahresbeginn um 2,1 Prozentpunkte auf 25,8 Prozent im September 2020. Für Afroamerikaner erhöhte sich die monatliche Armutsrate in diesem Jahr um 1,4 Prozentpunkte auf 25,2 Prozent im September 2020. Für weiße US-Bürger blieb die Armutsrate mit 11,2 Prozent im Januar 2020 und 12 Prozent im September 2020 vergleichsweise niedrig und fast konstant.

Die **Einkommensungleichheit** kann mit dem GINI-Index gemessen werden; dieser liegt zwischen 0 (alle haben das gleiche Einkommen) und 1 (eine Person hat das gesamte Einkommen). 2019 betrug der Wert für die USA 0,484 (U.S. Census Bureau 2020). Im Jahr 2017 lag der GINI-Index noch bei einem höheren Wert von 0,489. Unter der Präsidentschaft Trumps hat sich die Einkommensungleichheit um 0,2 Skaleneinheiten geschmälert. Im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern verzeichnen die USA jedoch weiter einen hohen Wert (OECD 2020e). Besonders deutlich zeigt sich die Einkommensungleichheit zwischen den verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen. So lag das durchschnittliche Haushaltseinkommen afroamerikanischer Familien zwischen 1989 und 2019 im Durchschnitt bei 63 Prozent des durchschnittlichen Einkommens weißer nicht-hispanischer Familien.

Hispanisch-stämmige Familien erzielten im selben Zeitraum ein durchschnittliches Einkommen von 72 Prozent im Vergleich zu nicht-hispanischen weißen Familien (Deloitte 2020). Berücksichtigt man, dass Minoritäten in den USA derzeit disproportional stark unter der Corona-Pandemie leiden, ist mit einem weiteren Anstieg der Einkommensungleichheit zu rechnen. Afroamerikaner und hispanisch-stämmige US-Bürger sind öfter in geringbezahlten Arbeitsverhältnissen beschäftigt beziehungsweise arbeiten häufiger in Einrichtungen wie der Gastronomie, die von einem Shutdown stärker betroffen sind (Deloitte 2020). Folglich ist zu erwarten, dass die wirtschaftliche Rezession zunächst diese Bevölkerungsgruppen treffen wird.

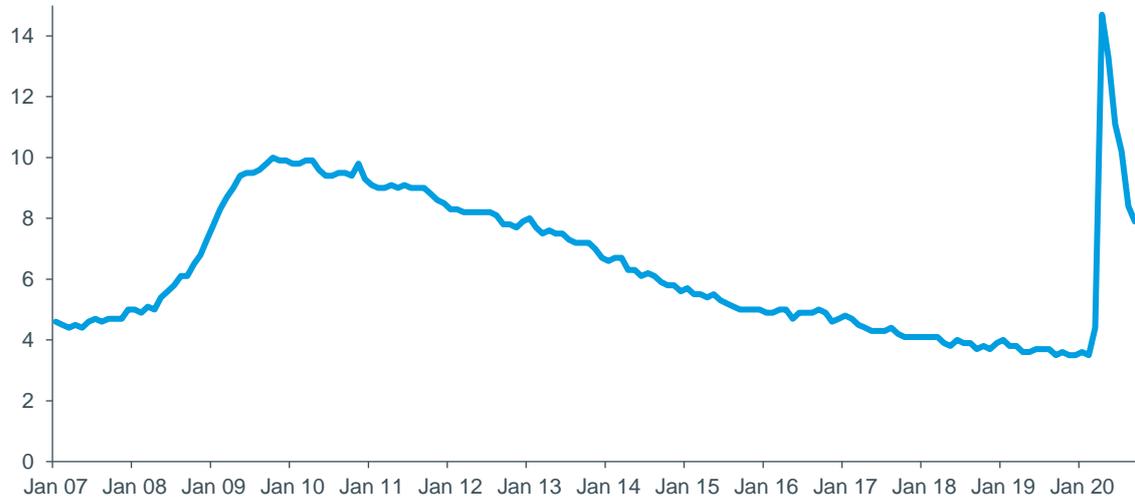
Über Jahrzehnte war es einer Mehrheit der US-Amerikaner möglich, die soziale Leiter hinaufzusteigen und ein höheres Einkommen als das der eigenen Eltern zu erzielen. Diese **soziale Mobilität** wird nachfolgenden Generationen jedoch immer weniger ermöglicht. Für US-Amerikaner, die in den 1940er Jahren geboren wurden und deren Eltern ein mittleres Einkommen erzielten, lagen die Chancen auf ein besseres Einkommen noch bei 93 Prozent. Für jene, deren Eltern ein höheres Einkommen erzielten, lagen die Chancen bei 41 Prozent. US-Amerikaner, die jedoch in den 1980er Jahren geboren wurden, hatten nur noch eine Chance von 45 Prozent, ihre Eltern mit einem mittleren Einkommen zu übertreffen. Für den Fall, dass die Eltern ein höheres Einkommen erzielten, lag die Aussicht auf ein höheres Einkommen sogar nur bei acht Prozent. Bei Fragen rund um die soziale Mobilität in den USA ist darüber hinaus zu beachten, dass es in den letzten 50 Jahren zu starken Veränderungen innerhalb der US-amerikanischen Mittelschicht gekommen ist. Während die obere Mittelschicht von 1967 bis 2016 von sechs Prozent auf 33 Prozent der US-Bevölkerung deutlich angewachsen ist, hat sich die untere Mittelschicht im selben Zeitraum von 31 Prozent auf 16 Prozent fast halbiert (World Economic Forum 2020).

Beschäftigung

Während sich der US-Arbeitsmarkt bedingt durch das anhaltende Wirtschaftswachstum im Februar dieses Jahres mit einer **Arbeitslosenquote** von 3,5 Prozent nahe der Vollbeschäftigung befand, zeigte sich die Ernsthaftigkeit der wirtschaftlichen Lage mit Beginn der Corona-Pandemie sehr schnell an den US-Arbeitslosenzahlen. So stieg die Arbeitslosigkeit offiziellen Angaben des U.S. Bureau of Labour Statistics (BLS) zufolge zwischen Februar und April 2020 um ganze 11,2 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent (BLS 2020a). Dies ist der höchste bisher verzeichnete Anstieg in den US-Arbeitslosenzahlen. Seitdem ist die Arbeitslosenquote wieder auf 7,9 Prozent im September 2020 zurückgegangen (BLS 2020a). Die Partizipationsrate (auch Erwerbsbeteiligungsquote genannt) – also der Anteil derjenigen, die einen Arbeitsplatz haben oder aktiv auf Arbeitssuche sind –, sank von 62,7 Prozent im März auf 60,2 Prozent im April 2020. Seitdem erholte sie sich wieder leicht und lag im September 2020 zuletzt bei 61,4 Prozent.

Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** – also derjenigen, die seit mindestens 27 Wochen arbeitslos sind – lag im September 2020 bei 2,4 Millionen. Im Vorjahresmonat waren es noch 1,3 Millionen. Langzeitarbeitslose machten damit im September 2020 1,5 Prozent aller Erwerbspersonen und 19 Prozent aller Arbeitslosen aus. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der **Minoritäten**. So lag die Arbeitslosenquote für Afroamerikaner im September 2020 bei 12,1 Prozent und für US-Amerikaner lateinamerikanischer oder hispanischer Ethnizität bei 10,3 Prozent (BLS 2020a). Besonders hart betroffen von der pandemiebedingten Arbeitslosigkeit sind Selbständige, Zeit- und Niedriglohnarbeiter, Jugendliche sowie Frauen (OECD 2020d). Die Federal Reserve geht inzwischen davon aus, dass die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2020 bei 7,6 Prozent liegen wird (Federal Reserve 2020). Damit korrigierte die Federal Reserve auch ihre Jahresprognosen zur US-Arbeitslosigkeit von 9,3 Prozent im Juni 2020 nach unten. Die OECD erwartet eine Arbeitslosenquote für das Jahr 2020 zwischen 11,3 und 12,9 Prozent (OECD 2020c). Das *Congressional Budget Office* (CBO) stellt eine optimistischere Prognose mit einer Arbeitslosenquote von 10,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2020 auf (CBO 2020a).

US-Arbeitslosenrate in Prozent
2007 - 2020



Quelle: Bureau of Labor Statistics, *Unemployment Rate*,
<<http://data.bls.gov/timeseries/LNS14000000>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).



US-Partizipationsrate (Anteil der Arbeitsplatzinhaber und Arbeitsplatzsuchenden in Prozent)
2007 - 2020



Quelle: Bureau of Labor Statistics, *Civilian Labor Force Participation Rate*,
<<https://data.bls.gov/timeseries/LNS11300000>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).



Haushalt und Fiskalpolitik

Die Corona Notfall-Pakete und die Fiskalpolitik

Der US-Kongress und die Trump-Administration brachten seit März 2020 vier Notfall-Pakete mit einem Gesamtvolumen von 2,4 bis 4,1 Billionen US-Dollar auf den Weg, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu mildern (Committee for a Responsible Federal Budget 2020). Insgesamt machen diese vier Notfall-Pakete 11 bis 19 Prozent des US-BIP (2019) aus. Trotz des Auslaufens dieser Corona-bedingten fiskalischen Maßnahmen im August konnten sich Demokraten und Republikaner bis dato auf kein weiteres Stimuluspaket einigen. US-Präsident Trump erließ daraufhin am 8. August drei Memoranden und eine Durchführungsverordnung, die unter anderem einen verlängerten Zuschlag zur Arbeitslosenhilfe, ein zeitweises Verbot von Zwangsräumungen und eine Kürzung der Lohnnebenkosten vorsehen. Diese Dekrete sind jedoch juristisch umstritten, da Trump hiermit das ausschließliche Haushaltsrecht des US-Kongresses umgangen hat. Umstritten ist ebenso, ob diese Dekrete/Memoranden in der jetzigen Form von den US-Bundesstaaten und den jeweiligen US-Behörden erfüllt werden können.

Die Demokraten hatten im Repräsentantenhaus Ende September in einem letzten Versuch, noch ein Corona-Hilfspaket vor der Wahl zu verabschieden, eine reduzierte Form ihres bereits im Frühjahr verabschiedeten Konjunkturpakets vorgelegt. Der HEROES Act ist mit 2,2 Billionen US-Dollar kleiner als der ursprüngliche Vorschlag und umfasst unter anderem Nothilfen für Bundesstaaten und Kommunen (436 Milliarden US-Dollar), für Schulen und Kinderbetreuung (225 Milliarden US-Dollar), zusätzliche 600 US-Dollar pro Woche an Arbeitslosenzahlungen sowie mehr Geld für Corona-Tests, Kontaktverfolgung und andere Gesundheitsfürsorgemaßnahmen (75 Milliarden US-Dollar). Der Vorschlag wurde von Republikanern im Repräsentantenhaus und im Senat abgelehnt. Zurzeit finden weitere Gespräche zwischen Nancy Pelosi (D), Sprecherin des Repräsentantenhauses, und US-Finanzminister Steven Mnuchin zu einem parteiübergreifenden Kompromiss statt. Nachdem Trump die Verhandlungen zunächst bis nach der Wahl aussetzen wollte, kündigte er zwischenzeitlich ein Paket mit noch größerem Umfang als von den Demokraten gefordert an. Pelosi zeigte sich zunächst optimistisch, äußerte sich in der letzten Woche jedoch schließlich wieder weniger zuversichtlich, noch vor den Wahlen eine Einigung erzielen zu können.

Die verschiedenen fiskalischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie führten nach neuesten Einschätzungen des Congressional Budget Office (CBO) im Fiskaljahr 2020 (Oktober 2019 bis September 2020) zu einem Anstieg des **Haushaltsdefizits** auf 3,1 Billionen US-Dollar (CBO 2020b). Dies ist mehr als eine Verdreifachung des Haushaltsdefizits im Vergleich zum Fiskaljahr 2019 mit einem Defizit von 984 Milliarden US-Dollar. Die Staatsausgaben beliefen sich im selben Zeitraum auf 6,6 Billionen US-Dollar. Waren es im Fiskaljahr 2019 noch 4,4 Billionen US-Dollar, so sind die Staatsausgaben in diesem Jahr vermutlich vor allem aufgrund der Corona-Hilfsmaßnahmen stark angestiegen. Mit voraussichtlich ungefähr 14,8 Prozent des US-BIP (gemessen am BIP für das Fiskaljahr 2019) ist das Haushaltsdefizit 2020 das fünfte Jahr in Folge im Verhältnis zum US-BIP gestiegen und stellt somit das größte Defizit seit 1945 dar (CBO 2020b). Laut Zahlen des US-Finanzministeriums betrug das Haushaltsdefizit im Fiskaljahr 2019 984 Milliarden US-Dollar, was 4,6 Prozent des BIP entspricht (U.S. Department of the Treasury 2019). OECD-Schätzungen zufolge könnten die **US-Staatsschulden** im Jahr 2020 in einem „Doppelschlag-Szenario“ um 23,3 Prozentpunkte bis auf 131,8 Prozent des BIP anschwellen (OECD 2020b). Am Ende des Jahres 2019 lagen die Staatsschulden bei etwa 22,7 Billionen US-Dollar (ca.107 Prozent des BIP) (Office of Management and Budget 2020).

Angesichts des steigenden Schuldenbergs gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Kongress über die Haushaltspolitik. Um weiter

Schulden aufnehmen zu können, muss der Kongress die Schuldengrenze per Gesetz anheben oder temporär aussetzen. Auf diese Weise wurde die gesetzlich vorgeschriebene Schuldengrenze in einem Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern immer wieder angehoben oder temporär ausgesetzt. Zuletzt wurde im *Bipartisan Budget Act of 2019* (in Kraft getreten im August 2019) die **Schuldengrenze** bis 31. Juli 2021 ausgesetzt (U.S. Congress 2019).

Haushaltsjahr und kurzfristig verhinderter Shutdown

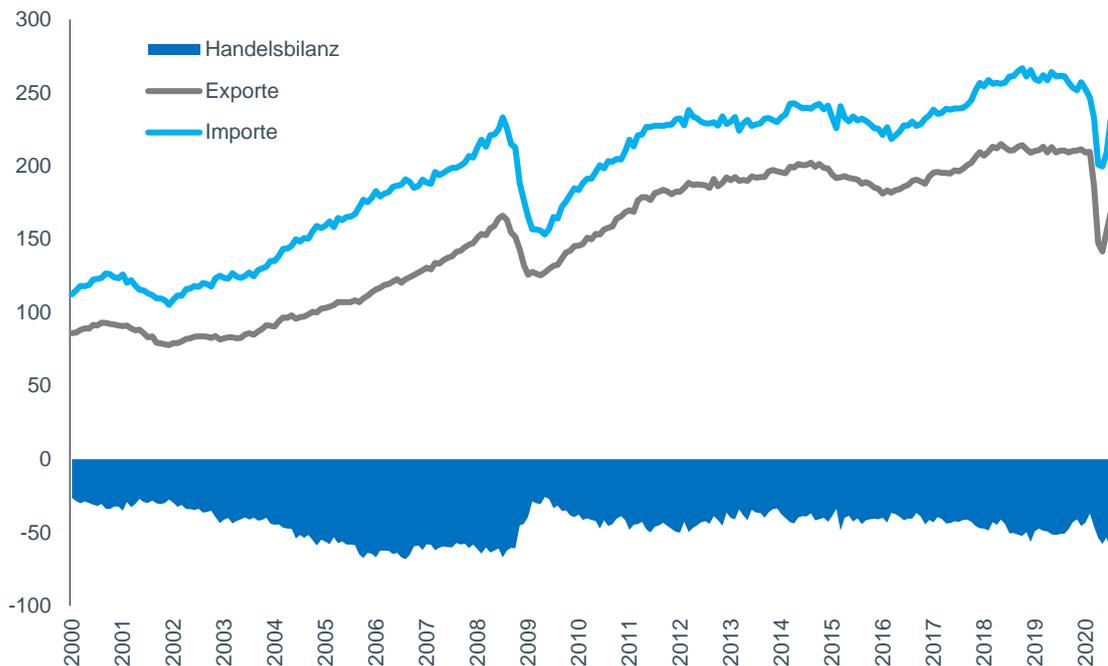
Mit Beginn des neuen Haushaltsjahres zum 1. Oktober 2020 konnte ein sogenannter **Shutdown** verhindert und eine Zwischenfinanzierung bis zum 11. Dezember gefunden werden. Der US-Kongress hatte eine sogenannte „**Continuing Resolution**“ verabschiedet, die einen Übergangshaushalt garantiert. Dieser Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern sieht unter anderem acht Milliarden US-Dollar Lebensmittelunterstützung für benachteiligte US-Bürger sowie Hilfsmaßnahmen für US-Landwirte vor. Präsident Trump unterzeichnete gerade noch rechtzeitig vor Ablauf des Haushaltsjahres die Kongressvorlage für einen Überbrückungsetat. Dies bedeutet allerdings, dass sich der Kongress zwischen der Präsidentschaftswahl und der Vereidigung des neuen Präsidenten erneut mit dem Haushalt befassen muss.

Außenhandel

Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen sich auch am US-Außenhandel. Im ersten Halbjahr 2020 brachen die **US-Exporte** von Waren und Dienstleistungen um 17,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein (BEA 2020b). Die **US-Importe** verzeichneten im selben Zeitraum ein Minus von 14,2 Prozent. Der stärkste Einbruch sowohl bei Importen als auch bei Exporten wurde im April registriert: Im Vergleich zum Vormonat März waren es 21 Prozent weniger US-Exporte und 13,6 Prozent weniger US-Importe. Insgesamt sanken die US-Exporte von Februar bis Mai 2020 um 32 Prozent, die US-Importe gingen im selben Zeitraum um 19 Prozent zurück. Erst im Juni zeigten sich erste Anzeichen einer Erholung, und das US-Außenhandelsgeschäft verbesserte sich wieder im Vergleich zum Vormonat (plus 9,6 Prozent Exporte von Waren und Dienstleistungen, plus 4,6 Prozent Importe von Waren und Dienstleistungen). Für das gesamte Jahr 2020 rechnet die OECD mit einem Rückgang der US-Exporte (Waren und Dienstleistungen) zwischen 10,2 und 11,1 Prozent, für US-Importe (Waren und Dienstleistungen) zwischen zehn und elf Prozent (OECD 2020b).

Eine wichtige Kennziffer einer Volkswirtschaft ist ihre **Leistungsbilanz**. Diese besteht aus den Salden der Handelsbilanzen (Waren und Dienstleistungen) und den Salden von Primäreinkommen (Erträge aus Auslandsinvestitionen und Lohnzahlungen aus dem Ausland) und Sekundäreinkommen (Transferzahlungen, etwa Entwicklungshilfe und Überweisungen privater Haushalte ins Ausland). An ihr lässt sich ablesen, ob eine Volkswirtschaft insgesamt gegenüber dem Rest der Welt Netto-Vermögen anhäuft oder abbaut. Nach Daten des BEA summierte sich das Leistungsbilanzdefizit der USA im ersten Quartal 2020 auf 111,5 Milliarden US-Dollar – ein Anstieg um knapp sieben Prozent im Vergleich zum vierten Quartal 2019 (104,3 Milliarden US-Dollar). Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie stieg das Leistungsbilanzdefizit im zweiten Quartal 2020 um 52,9 Prozent auf 170,5 Milliarden US-Dollar an (BEA 2020c). Dieser Anstieg des Leistungsbilanzdefizits begründet sich in einem starken Anstieg des Handelsbilanzdefizits, da US-Exporte aufgrund der Corona-Pandemie stärker eingebrochen sind als US-Importe. Gleichzeitig sind die Überschüsse in der Einkommensbilanz zurückgegangen.

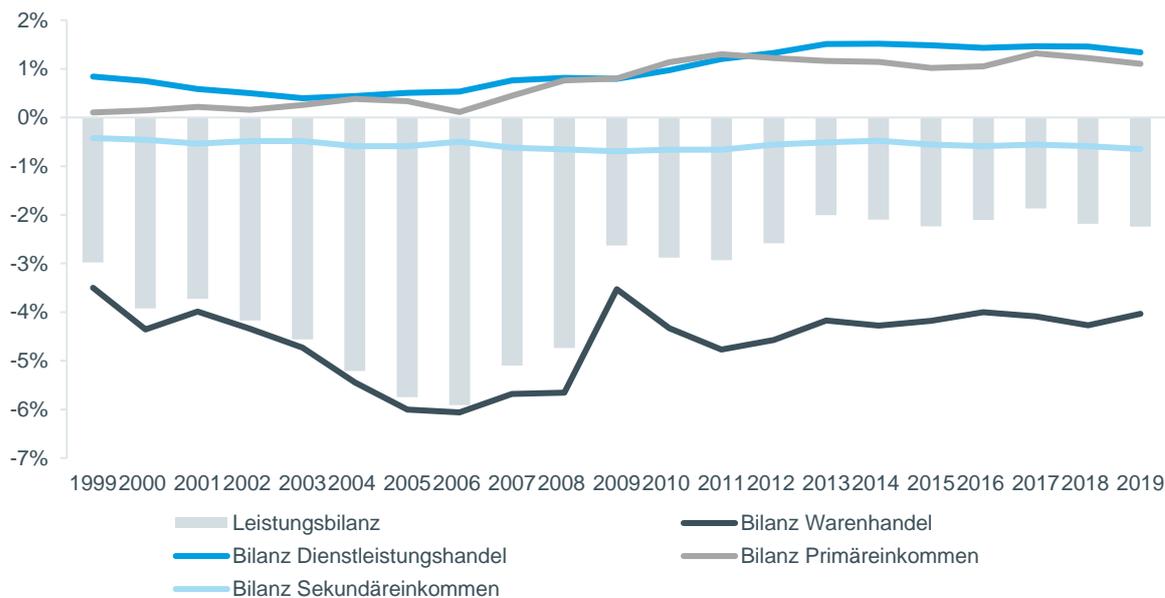
US-Außenhandel (Waren und Dienstleistungen), Jan 2000 - August 2020
in Milliarden US-Dollar



Quelle: Bureau of Economic Analysis, *U.S. International Trade in Goods and Services*, <<https://www.bea.gov/data/intl-trade-investment/international-trade-goods-and-services>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).



Leistungsbilanz der USA und ihre Komponenten
1999 - 2019, Prozent des BIP



Quelle: Bureau of Economic Analysis, *International Transactions, International Services, and International Investment Position*, <<https://apps.bea.gov/iTable/iTable.cfm?ReqID=62&step=1#reqid=62&step=9&isuri=1&6210=4>> (eingesehen am 13. Oktober)



Bilanz: Trumps Wirtschafts- und Handelspolitik

Präsident Trump hatte versprochen, die US-Handelsbilanzen mit dem Rest der Welt und insbesondere mit China zu verbessern, das verarbeitende Gewerbe zu fördern, Industriearbeitsplätze in den USA zu schaffen oder in die USA zurückzuholen und Investitionen im eigenen Markt zu steigern. Dies alles sollte dem *blue collar worker*, also den Industrie- und Handwerksangestellten in den USA, zugutekommen. Inwiefern konnte der US-Präsident diese Versprechen einlösen?

Handelsbilanzen

Grundsätzlich ist es wenig sinnvoll, die Handelsbilanz isoliert zu betrachten, denn sie ist zusammen mit den Primär- und Sekundäreinkommen Teil der Leistungsbilanz. Letztere ist besser dafür geeignet, mögliche Ungleichgewichte festzustellen.

Das US-Handelsbilanzdefizit für Waren und Dienstleistungen mit dem Rest der Welt hat sich im direkten Vergleich zwischen 2016 und 2019 von 481 Milliarden US-Dollar auf fast 577 Milliarden US-Dollar vergrößert (BEA 2020c). Ebenso ist das US-Leistungsbilanzdefizit mit dem Rest der Welt von fast 395 Milliarden US-Dollar 2016 auf 480 Milliarden US-Dollar 2019 gewachsen. Mit China hat sich das US-Handelsbilanzdefizit marginal von 310 Milliarden US-Dollar 2016 auf 308 Milliarden US-Dollar 2019 verkleinert. Die US-Leistungsbilanz mit China spiegelt diese marginale Veränderung auch wider (2016: minus 335 Milliarden US-Dollar versus 2019: minus 338 Milliarden US-Dollar). Im Laufe der Coronakrise ist jedoch das Handelsbilanzdefizit mit China wieder angeschwollen. Während im ersten Quartal 2020 das Handelsbilanzdefizit mit China bei 47 Milliarden US-Dollar lag, verschlechterte sich die Bilanz aus US-Sicht im zweiten Quartal wieder auf minus 73 Milliarden US-Dollar. Ähnlich lag das Leistungsbilanzdefizit mit China im ersten Quartal 2020 bei 56 Milliarden US-Dollar und vergrößerte sich im zweiten Quartal auf 81 Milliarden US-Dollar (BEA 2020c). Die Bemühungen Trumps, die Handelsbilanzdefizite zu reduzieren, waren also nicht erfolgreich.

Zölle und Handelskonflikte

Unumstritten ist, dass die vom Zaun gebrochenen Handelskonflikte der letzten Jahre US-Arbeitsplätze gekostet, das Verbrauchereinkommen geschmälert und der US-Wirtschaftsleistung geschadet haben (Moody's 2019; OECD 2019a; Bekkers, Schroeter 2020; Altig et al. 2019; Goswami, Sanjana 2020; Amiti et al 2019). Sonderzölle, Zollandrohungen, Unsicherheit und Unplanbarkeit wirken wie Gift für unternehmerischen Handel, da sich Unternehmen unter diesen Umständen dazu gezwungen sehen, Investitionen anzuhalten oder zu pausieren. Die Zusatzkosten, die durch Zölle entstehen, werden häufig an die Endverbraucher weitergegeben, was wiederum die Nachfrage dämpft und zu schlechteren Rahmenbedingungen für die Arbeitsplatzschaffung und -sicherung führt. Mit hohen Zöllen werden unter dem Strich keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Industriearbeitsplätze und abnehmende Wertschöpfungsanteile

Seit den 1940er Jahren ist der Anteil der US-Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtwirtschaft stetig von 38 Prozent bis auf 11 bis 12 Prozent Anfang der 2000er Jahre und dann wiederum auf 8 bis 9 Prozent im Jahr 2020 gesunken (Federal Reserve Bank of St. Louis 2019b). Generell hat die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe nicht mit der tatsächlichen Industrieproduktion mitgehalten. Gründe für diese Entwicklung sind in den Produktivitätsgewinnen sowie den technischen Fortschritten zu finden (Federal Reserve Bank of St. Louis 2014). In der Amtszeit von Donald Trump hat sich der Anteil der Industriearbeitsplätze an der Gesamtwirtschaft nicht bedeutend geändert (2017 lag der Anteil noch bei 8,5 Prozent, Anfang des Jahres 2020 war der Anteil auf 8,4

Prozent gesunken) (Federal Reserve Bank of St. Louis 2019b). Aufgrund der unerwarteten Entlassungswelle im Dienstleistungssektor während der Corona-Pandemie ist der Anteil der Industriearbeitsplätze von 8,5 Prozent im März auf 8,8 Prozent im April bis Juni 2020 gewachsen; seit Juli bis September nahm dieser Wert wieder bis auf 8,6 Prozent ab – dies ist also nur ein statistischer Effekt, der mittel- und längerfristig verpuffen wird.

Auch in Bezug auf die Wertschöpfung ist die Deindustrialisierung der Wirtschaft unter Trump vorangeschritten. Seit seinem Amtsantritt im ersten Quartal 2017 ging der Anteil der industriellen Wertschöpfung am gesamten BIP von 11,1 Prozent auf 10,5 Prozent im zweiten Quartal 2020 zurück (eigene Berechnungen, Federal Reserve Bank of St. Louis 2020c und 2020d). Das Versprechen einer Re-Industrialisierung konnte Donald Trump in seiner Amtszeit also nicht erfüllen.

Re-Shoring

Ein weiteres Versprechen von Donald Trump bestand darin, Arbeitsplätze aus dem Ausland zurück in die USA zu bringen („Reshoring“). Die Entwicklung der Industriearbeitsplätze, wie oben beschrieben, gibt kein Indiz dafür, dass Reshoring schon stattgefunden hätte. Im Mai und Juni 2020 gaben im Rahmen einer Covid-19-Befragung von Thomas Surveyors 69 Prozent der befragten US-Unternehmen an, in der Zukunft Produktion und Beschaffung nach Nordamerika verlagern zu wollen (zu Beginn der Coronakrise im Februar 2020 waren es noch 54 % der Befragten) (Thomas 2020). Da viele Unternehmen in der Pandemie unter bisher einzigartigen Unterbrechungen der Lieferketten gelitten haben, ist eine höhere Bereitschaft, Teile der Lieferketten in den Heimatmarkt zu verlegen, auf die außerordentlichen Erfahrungen aus der Pandemie zurückzuführen. Mehr Einblicke in die Entwicklung der US-Unternehmensentscheidungen können Investitionsdaten liefern.

Investitionen

Ein Gradmesser für die Zuversicht der Unternehmen ist die Höhe der privaten Anlageinvestitionen. Im verarbeitenden Gewerbe hatten die realen privaten Anlageinvestitionen ein Hoch von 76,8 Milliarden US-Dollar im zweiten Quartal 2015 erreicht. Anfang 2017 lagen sie noch bei 63,7 Milliarden US-Dollar und sanken auf 58,6 Milliarden US-Dollar im ersten Quartal 2020. Während der Pandemie ging dieser Wert auf 55 Milliarden US-Dollar im zweiten Quartal 2020 zurück (Federal Reserve Bank of St. Louis 2020a).

Die Bestände ausländischer Direktinvestitionen in die USA stiegen von 3,8 Billionen US-Dollar 2017 auf 4,5 Billionen US-Dollar 2019 (BEA 2020d). Während der Trump-Präsidentschaft waren die größten Investoren in den USA kanadische, deutsche, britische und japanische Unternehmen. Im verarbeitenden Gewerbe nahmen die Bestände ausländischer Investitionen von 1,5 Billionen US-Dollar 2017 auf 1,8 Billionen US-Dollar 2019 zu. Kanada steigerte in diesem Zeitraum nur geringfügig die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe in den USA (von 55 Milliarden US-Dollar 2017 auf 58 Milliarden US-Dollar 2019). Deutschland und Japan erhöhten hingegen ihre Investitionen im verarbeitenden Gewerbe der USA massiv (deutsche Investitionen von 155 Milliarden US-Dollar 2017 auf 258 Milliarden US-Dollar 2019; japanische Investitionen von 169 Milliarden US-Dollar 2017 auf 302 Milliarden US-Dollar 2019). Die Investitionen des Vereinigten Königreichs im verarbeitenden Gewerbe der USA sanken im selben Zeitraum hingegen massiv von 277 Milliarden US-Dollar im Jahr 2017 auf 148 Milliarden im Jahr 2019.

Laut einer neuen Studie der Rhodium Gruppe fielen im ersten Halbjahr 2020 die gegenseitigen Investitionen der USA und China aufgrund der bilateralen Konflikte und der Pandemie auf ein Neunjahrestief (Rhodium Group 2020).

Im direkten Vergleich der prozentualen Veränderungen zwischen den letzten drei Amtsjahren von US-Präsident Obama (2014-2016, verglichen werden die Daten für 2014 und 2016) und den ersten drei Amtsjahren von US-Präsident Trump (2017-2019, verglichen werden die Daten für 2014 und 2016), ist festzustellen, dass die Trump-Administration auch in diesem Punkt weniger erfolgreich war als erhofft. So stiegen die Bestände an ausländischen Direktinvestitionen unter Obama relativ stärker an (+ 21 Prozent) als unter Trump (+ 18 Prozent) (eigene Berechnungen, BEA 2020d).

Situation der *blue collar workers*

Der durchschnittliche Stundenlohn von Industriebeschäftigten stieg von Januar 2017 bis Januar 2020 von 20,62 US-Dollar auf 22,42 US-Dollar. Der Stundenlohn ist also ohne Inflationsbereinigung um insgesamt nominal 8,7 Prozent während Trumps Amtszeit gewachsen (Federal Reserve Bank of St. Louis 2020b). Von den 8,7 Prozent sind jedoch 6,5 Prozent Inflation abzuziehen (Calculator.Net 2020). Das reale Stundenlohnwachstum betrug also innerhalb der drei Jahre insgesamt nur 2,2 Prozent für US-Industriearbeiter.

Die freien Stellen im verarbeitenden US-Gewerbe lagen 2017 bei einem Monatsdurchschnitt von 395.000. Im darauffolgenden Jahr stieg die Zahl der unbesetzten Stellen deutlich auf 465.000 und nahm 2019 relativ geringfügig auf 442.000 ab (Bureau of Labor Statistics 2020b). Ähnlich entwickelte sich die Zahl der Neuanstellungen im verarbeitenden Gewerbe. Während 2017 der Monatsdurchschnitt bei 332.000 lag, stieg dieser Wert 2018 auf 366.000, um dann 2019 auf 340.000 zu fallen (Bureau of Labor Statistics 2020c). Bemerkenswert ist, dass diese Entwicklung mit der Eskalation des US-chinesischen Handelskonflikts zusammenfällt.

Fazit

Trump's Versprechen, die Handelsbilanz mit dem Rest der Welt und mit China zu verbessern, ist kläglich gescheitert. An der Sinnhaftigkeit, die Handelsbilanz ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Anstrengungen zu stellen, muss ohnehin gezweifelt werden. Die Sonderzölle und Handelskonflikte der Amtszeit Trumps verschlechterten nicht nur die Rahmenbedingungen für Unternehmen, sondern führten auch zu erheblichen Kosten für US-Verbraucher. Die Situation der *blue collar workers* hat sich während der Amtszeit von Trump nicht deutlich verbessert. Anzeichen eines *Reshoring*, also der Rückverlagerung von Produktion in die USA, hatten sich bis zur Coronakrise nicht wie erhofft materialisiert. Erst im Zuge der Pandemie und der Lieferkettenunterbrechungen denken US-Unternehmen mehr darüber nach, ihre Lieferketten umzustrukturieren. Donald Trump konnte also in seiner Amtszeit als US-Präsident den Großteil seiner wirtschaftspolitischen Versprechen für die *blue collar workers* nicht realisieren.

Die USA im Wahljahr

Polarisierung

Die massive gesellschaftliche und parteipolitische Polarisierung in den USA führte in den letzten Jahren zu einer immer stärker werdenden Blockade politischer Prozesse – sei es bei den Themen Haushalt, Steuern, Umwelt und Klima, Schwangerschaftsabbruch oder auch der Gleichberechtigung von Homosexuellen. Die *Sustainable Governance Indicators* der Bertelsmann Stiftung bewerten den Grad der **Parteienpolarisierung** länderübergreifend und untersuchen, wie es im politischen System um die Fähigkeit bestellt ist, parteiübergreifend politische Kompromisse zu schließen. Mit nur drei von zehn möglichen Punkten belegen die USA bei diesem Indikator einen der hintersten Plätze (Bertelsmann

Stiftung 2019). Auf Grundlage von Daten über das Abstimmungsverhalten einzelner Kongressmitglieder konnte außerdem festgestellt werden, dass die Kongresse zwischen 2011 und 2018 die größte jemals gemessene Polarisierung aufweisen. Angesichts knapper Mehrheiten bei den letzten Präsidentschafts- und Kongresswahlen wird es für die Regierung immer schwieriger, ihre Vorhaben umzusetzen. Die Beliebtheitswerte Trumps zeigen ebenfalls deutlich, wie stark die Parteienpolarisierung fortgeschritten ist. Seit Eisenhower war die US-amerikanische Wählerschaft bei keinem US-Präsidenten mit Blick auf dessen „Performance“ so gespalten wie bei Trump. Unter den Republikanern waren durchschnittlich 87 Prozent zufrieden mit Trumps Präsidentschaft, unter den Demokraten waren es nur durchschnittlich sechs Prozent (Pew Research Center 2020a).

Auch der gesellschaftliche Diskurs zeigt zunehmend, dass sich entlang der Parteilinien von Demokraten und Republikanern **unterschiedliche Problemwahrnehmungen** verstärken. So sehen einer aktuellen Umfrage des Pew Research Center zufolge nur neun Prozent der Trump-Wähler erschwerte Lebensbedingungen für Afroamerikaner in den USA. Unter Biden-Wählern sagen hingegen 74 Prozent, dass es für Afroamerikaner im Vergleich zu weißen Personen „sehr viel schwerer“ sei, in den USA zu leben (Pew Research Center 2020b). Auch mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit sagen nur 26 Prozent der Trump-Wähler, dass Frauen bis heute erhebliche Hürden überwinden müssten, um mit Männern gleichgestellt zu sein. Unter Biden-Wählern teilen diese Meinung 79 Prozent (Pew Research Center 2020b). Insgesamt liegen die Einstellungen zu politischen Kernthemen wie Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, Familie, Immigration und Religion stärker auseinander als noch 2016.

In den letzten Monaten gewannen die Debatten um Polizeigewalt und strukturellen Rassismus in den USA eine neue Dimension. In Reaktion auf den Mord an George Floyd kam es in den USA (aber auch weltweit) zu Protesten von Afroamerikanern und ihrer progressiven Anhängerschaft im Rahmen der **Black-Lives-Matter-Bewegung**. Die Präsidentschaft von Donald Trump, der wiederholt versucht hat, rassistische Ressentiments zu schüren, war ein entscheidender Faktor, der US-Bürger veranlasst hat, gemeinsam gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt zu protestieren.

Nicht nur bei den Arbeitslosenzahlen und der Einkommensungleichheit, sondern auch bei der Gesundheitsversorgung zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen weißen und afroamerikanischen US-Bürgern. Die Corona-Pandemie hat diese Ungleichheiten weiter verschärft. Entsprechend hat die Corona-Pandemie zur Wut vieler Aktivistinnen und Aktivisten beigetragen.

Präsident Trump hat diese Proteste, die gelegentlich in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei endeten, genutzt, um sich selbst im Wahlkampf als den Präsidentschaftskandidaten darzustellen, der Recht und Ordnung (*law and order*) in den USA wahren wird. Joe Biden und die Demokraten hingegen würden Kriminelle und Randalierer unterstützen. Trump nutzte diese *law-and-order*-Rhetorik bereits erfolgreich im Wahlkampf im Jahr 2016. Trumps Kontrahent, Joe Biden, hingegen beschreibt die Präsidentschaftswahl als einen Kampf um die Seele der USA und verspricht, die Nation unter seiner Präsidentschaft wieder zu einen.

Besetzung des U.S. Supreme Court

Der Tod der liberalen Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg hat tiefe Spaltungen in der US-amerikanischen Gesellschaft offenbart. Der oberste Gerichtshof sieht sich aktuell mit brisanten Themen wie Abtreibung und Obamacare konfrontiert. Entsprechend stellt die Neubesetzung des vakanten Richterpostens eine politische Angelegenheit dar, die Parteien und Menschen in den USA mobilisiert. US-Präsident Trump reagierte schnell, um den vakanten Sitz noch vor der US-Wahl zu besetzen und schlug hierfür die konservative Richterin Amy Coney Barrett vor. Mit der Besetzung durch Barrett wird sich die konservative Mehrheit im Gericht von vorher 5-4 auf 6-3 erhöhen. Das Bestätigungsverfahren beinhaltet eine Prüfung und Befragung der Kandidatin durch den Justizausschuss des Senats. Nach

der Empfehlung durch den Ausschuss folgen die Debatte und Abstimmung im Senat. Für die Bestätigung ist nur eine einfache Mehrheit erforderlich. Die Demokraten haben entsprechend wenige Möglichkeiten, die Bestätigung zu blockieren. Das Repräsentantenhaus spielt bei der Bestätigung keine Rolle. Die Anhörung der von Donald Trump vorgeschlagenen Kandidatin vor dem Justizausschuss begann am 13. Oktober 2020. Barrett wich zentralen Fragen aus, etwa wie sie zu früheren Urteilen zum Recht auf Abtreibungen oder zu gleichgeschlechtlichen Ehen steht. Nach der Empfehlung durch den Justizausschuss des Senats am 22. Oktober wurde Barrett am 26. Oktober mit 52 von 100 Stimmen durch den Senat bestätigt.

Die Wahlen 2020

Die Corona-Pandemie hat die Kampagnen im Vergleich zu den Vorjahren grundlegend verändert. Kongresse wurden abgesagt, Spendensammlungen und Werbung wurden in den virtuellen Raum verlagert. Auch die Art und Weise, wie Stimmzettel verteilt und wieder abgegeben werden können, musste in vielen Staaten innerhalb kurzer Zeit geändert werden. Die akuten Krisen lenkten die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Wähler auf Themen wie die öffentliche Gesundheit, Rassismus und steigende Arbeitslosenzahlen.

In der diesjährigen Wahl spielt die **Briefwahl** eine wesentliche Rolle. Entsprechend ist die Wahl nicht nur ein einzelner Tag, sondern eine ganze Wahlperiode, die bereits vor einigen Wochen begonnen hat. Zu beachten ist, dass es bei der Briefwahl 50 verschiedene Systeme gibt. In vielen Staaten werden zunächst die persönlich abgegebenen Stimmen berücksichtigt und erst dann wird die Briefwahl gezählt. Da Umfragen zufolge mehr Republikaner persönlich wählen wollen und Demokraten eher zur Briefwahl tendieren, könnte es selbst bei einem Wahlsieg Bidens in den ersten Auszählungen am Wahltag und an den Folgetagen zunächst zu einem Vorsprung Trumps kommen.

Die Präsidentschaftswahl

Das **Präsidentschaftswahlsystem** der USA ist einmalig und traditionsreich. Zunächst geht es in den Vorwahlen darum, den jeweiligen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und der Republikaner zu bestimmen. Am Wahltag selbst wählen die US-Bürger den Präsidenten oder die Präsidentin nur indirekt. Tatsächlich bestimmen sie mit ihrer Stimme lediglich Wahlmänner und -frauen für das *Electoral College*. Diese entscheiden dann wiederum über den zukünftigen Präsidenten und den Vize-Präsidenten der USA. In den meisten US-Bundesstaaten gilt das Prinzip der Mehrheitswahl („the winner takes it all“), sodass der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen auch die Stimmen aller Wahlmänner und -frauen dieses Bundesstaates erhält. Jeder Bundesstaat entsendet so viele Wahlmänner und -frauen, wie er Vertreter im Repräsentantenhaus und Senat hat. Hinzu kommt der District of Columbia, für den keine Sitze in Senat oder Repräsentantenhaus vorgesehen sind, der aber drei Vertreter in das Electoral College schickt. Somit besteht das *Electoral College* aus insgesamt 538 Wahlmännern und -frauen. Kalifornien entsendet mit 55 Wahlmännern und -frauen die meisten Vertreter, gefolgt von Texas mit 38, dann Florida und New York mit jeweils 29. Da Wahlmänner und -frauen nicht immer die gleiche Zahl an Wählern repräsentieren, kann es dazu kommen, dass der Wahlsieger einer US-Wahl nicht unbedingt die meisten Stimmen der Wähler bekommen hat. Vielmehr ist es für die Präsidentschaftskandidaten entscheidend, am Ende mehr als die Hälfte der 538 Wahlmänner und -frauen und damit mindestens 270 Stimmen auf ihrer Seite zu haben.

Der Präsident der Vereinigten Staaten wird alle vier Jahre Anfang November gewählt. Dieses Jahr tritt Amtsinhaber Donald Trump (Republikaner) gegen den ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden (Demokrat) an. Besonders interessant an dieser Präsidentschaftswahl ist die Art und Weise, wie die beiden Kandidaten die Wahl zu ihrem eigenen Vorteil „**framen**“. Während Biden versucht, die Wahl zu

einem Referendum über Trump zu machen, stellt Trump die Wahl als „Choice“ zwischen zwei Persönlichkeiten dar. Dabei nutzt Trumps Kampagne aktiv den abwertenden Spitznamen „sleepy Joe“, um ein entsprechendes Bild über den Kontrahenten zu verbreiten. Der anfängliche Ansatz, Biden als Marionette der Linken darzustellen, hatte sich allerdings kaum durchgesetzt.

Die treue **Wählerschaft** Trumps besteht in erster Linie aus weißen Männern und Frauen mit eher geringem Bildungsstand (Pew Research Center 2020c). Hinzu kommen Wähler aus der rechten bis rechtsextremen Szene, die in Teilen offen rassistisch auftreten. Ein dritter Teil von Trumps treuen Unterstützern sind sehr reiche US-Bürger, oft mit einem höheren Bildungsstand, die sich von Trumps Steuerpolitik erhebliche Vorteile versprechen. Auch die Gruppe der Evangelikalen gehört zu den Unterstützern von Trump und seinem Vizepräsidenten, Mike Pence – seinerseits Mitglied der evangelikalen Kirche. Zur Unterstützung durch die Evangelikalen trägt bei, dass Trump konservative Richter für den Supreme Court benannt hat. Insbesondere aufgrund der Corona-Politik Trumps und dramatischer Zustände in der Gesundheitsversorgung, die vor allem die Arbeiterschaft und Bevölkerung der ländlichen Gegenden treffen, beginnt die Unterstützung jedoch zunehmend zu bröckeln.

Joe Biden setzt auf die den Demokraten traditionell wohlgesinnten ethnischen Minderheiten wie die der Afroamerikaner und Latinos, auf Einwanderer, Frauen und auf Wähler in urbanen Gebieten (Pew Research Center 2020c). Die Demokraten kämpfen in dieser Wahl auch verstärkt um Unterstützung in ländlichen Gebieten sowie um die Stimmen der jungen Menschen und der US-Bürger mit höheren Bildungsabschlüssen. Aktuell noch unentschlossene Wähler gibt es in dieser Wahl wesentlich weniger als in der Vergangenheit. Der Effekt von kurzfristigen „Oktober-Überraschungen“ wird in diesem Wahlkampf entsprechend für relativ gering gehalten (Silver 2020).

Aktuelle **nationale Umfragewerte** zeigen einen Vorsprung Bidens gegenüber Trump von sieben bis 13 Prozent. Letztendlich hängt es aufgrund des Wahlmännersystems jedoch von den sogenannten *Swing States* ab, ob Biden die Wahl tatsächlich gewinnen kann. Auch vor vier Jahren konnte die demokratische Herausforderin Hillary Clinton kurz vor den Wahlen phasenweise einen Vorsprung in den landesweiten Umfragen von über sechs Prozent verzeichnen. Am Ende verhalfen jedoch überraschende Erfolge in entscheidenden *Swing States* wie Pennsylvania, Florida und Ohio, Trump zum Sieg. Anders als 2016 ist der Vorsprung Bidens jedoch nicht nur größer, sondern auch stabiler. Trump verbesserte seine Umfragewerte, die sich relativ konstant zwischen 42 und 45 Prozent bewegen, in den letzten Wochen kaum (Fivethirtyeight 2020).

Die Wahl zum Senat

Nicht nur der Präsident steht am 3. November zur Wahl. Zudem stimmt die amerikanische Bevölkerung über 35 Sitze der insgesamt 100 Sitze im Senat ab (33 reguläre Sitze, plus Nachbesetzungen für Johnny Isakson und John McCain). Die Senatoren werden für sechs Jahre gewählt. Es finden jedoch alle zwei Jahre Senatswahlen statt, da immer ein Drittel der Senatssitze zur Wahl stehen. Aktuell haben die Republikaner mit 53 Sitzen die Mehrheit im Senat und gewähren Präsident Trump damit weitestgehend Rückendeckung für seine politischen Vorhaben. Die diesjährige Senatswahl könnte allerdings folgenreich werden, da insgesamt 23 Republikanische Senatoren und Senatorinnen ihre Sitze verteidigen müssen – unter anderem in hochumkämpften Staaten wie Georgia, Maine und Arizona. Aktuelle Einschätzungen zur Sitzverteilung im Senat zufolge können die Demokraten mit hoher Wahrscheinlichkeit mit 45 Sitzen rechnen, die Republikaner mit 46 Sitzen. Bei den übrigen neun Sitzen zeichnet sich ein knappes Rennen ab (RealClear Politics 2020).

Die Wahl zum Repräsentantenhaus

Mit der Wahl des US-Präsidenten steht außerdem die Wahl aller 435 Abgeordneten des US-Repräsentantenhaus an. Die Amtszeit eines Abgeordneten beträgt zwei Jahre. Im Januar 2019 übernahmen die Demokraten mit 235 Sitzen die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Die Republikaner gewannen 200 Sitze. Angesichts verschiedener Vakanzen fehlen den Republikanern aktuell 21 Sitze bis zur Mehrheit (218 Sitze). Aktuelle Prognosen für die Wahl im November zeigen einen Vorsprung der Demokraten mit 214 sicheren Sitzen. Die Republikaner können mit 182 sicheren Sitzen rechnen. In 39 Wahlkreisen ist der Wahlausgang weiterhin offen. Somit kann noch nicht abgeschätzt werden, welche Partei in den nächsten zwei Jahren die Mehrheit im Repräsentantenhaus stellen wird (RealClear Politics 2020).

Wahlkampf in den Battleground States

Trumps Wahlerfolg 2016 war seinem überraschenden Sieg in den *Battleground States* Florida, Pennsylvania und Ohio zu verdanken. Dazu kamen wichtige Siege in Michigan, North Carolina, Georgia und Iowa. Mit seiner Strategie, vor allem Angehörige der weißen Arbeiterschicht zu mobilisieren, war Trump insbesondere in den Bundesstaaten des „Rust Belt“ erfolgreich, wo viele Industriearbeiter ihre Stellen verloren hatten. Insbesondere mit den Staaten Pennsylvania, Michigan und Wisconsin hatten die Demokraten 2016 fest gerechnet.

Auch in dieser Wahl liegt der Fokus auf den *Battleground States*, in denen der Wahlausgang noch offen ist. Dazu gehören traditionell die sehr bevölkerungsreichen und damit einflussreichen Staaten Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, Florida und Ohio. Aber auch in Iowa, Nevada, Minnesota, Georgia, North Carolina und Virginia ist das Rennen noch nicht entschieden.

Aktuellen Schätzungen zufolge liegen die **Wahlkampfausgaben** für das Wahljahr 2020 bei insgesamt mehr als sechs Milliarden US-Dollar (Advertising Analytics 2020a). Davon gehen etwa 4,4 Milliarden US-Dollar in traditionelle Medien (Fernsehen und Radio) und ungefähr 1,6 Milliarden US-Dollar in die Produktion digitaler Videos für die Verwendung in sozialen Netzwerken. Besonders viel Geld fließt erwartungsgemäß in die *Battleground States*. In den letzten zwei Monaten erhöhte Biden seine Wahlkampfausgaben noch einmal deutlich. Aktuellen Daten von Advertising Analytics zufolge gab Biden allein von Januar bis zum 9. Oktober 2020 insgesamt 502 Millionen US-Dollar aus (Advertising Analytics 2020b). Seit Anfang September sind knapp 95 Millionen US-Dollar in Fernsehwerbung investiert worden (Wesleyan Media Project 2020). Trump hingegen investierte im letzten Monat nur etwas mehr als 41 Millionen US-Dollar in Fernsehwerbung. In Facebook-Werbung investierte Biden seit Anfang September etwa 13,2 Millionen US-Dollar und Trump 14,4 Millionen US-Dollar. Bidens Wahlkampfausgaben fließen verstärkt in die *Battleground States* Ohio, Iowa, Pennsylvania, Michigan, Florida, Wisconsin und Texas. Trump konzentrierte seine Wahlkampfausgaben im September insbesondere auf Florida, Georgia, Nevada und Pennsylvania. Dennoch liegen Trumps Ausgaben – mit Ausnahme von Georgia – unter den Ausgaben Bidens (Wesleyan Media Project 2020).

Trotz der Corona-Pandemie hatte Trump bereits ab Mai 2020 wieder Präsenztermine wahrgenommen. Besonders häufig reiste er nach Virginia, Florida, North Carolina, New Jersey und Pennsylvania. Nach seiner Corona-Erkrankung nahm Trump seinen Wahlkampf drei Wochen vor der Wahl wieder verstärkt auf. Für die verbleibenden Wochen plant er seinem Berater zufolge zwei bis drei Auftritte am Tag – davon die meisten in Präsenz. Nachdem Biden angesichts der Corona-Pandemie Wahlkampfauftritte mehrere Wochen fast ausschließlich digital bestritten hatte, standen diesen Herbst verschiedene Reisen in besonders umkämpfte Staaten an, unter anderem nach North Carolina, Wisconsin, Minnesota, Pennsylvania, Florida und Arizona. Zu einem großen Teil setzen Biden und Harris aber weiter auf digitale Formate.

TV-Debatten

Das erste TV-Duell am 29. September in Cleveland konzentrierte sich auf sechs Themenbereiche: Besetzung des US-Verfassungsgerichts, Covid-19, US-Wirtschaft, Rassismus und Gewalt, bisherige Erfolge von Trump und Biden und die Integrität der US-Wahl. Abgesehen von heftigen Wortgefechten und Unterbrechungen können folgende inhaltliche Stellungnahmen der Kandidaten herausgestellt werden: In der Diskussion um die Lage der US-Wirtschaft blieb Trump bei seinen bekannten Aussagen, verwies auf die starke wirtschaftliche Bilanz vor der Pandemie, nahm China für das Corona-Virus in die Verantwortung und stellte Biden auf die Seite der sozialistischen Linken. Biden führte verschiedene Punkte seiner wirtschaftspolitischen Wahlversprechen aus und stellte klar – in direkter Ansprache an die Wähler –, dass Trump keinen konkreten Plan für den Wiederaufbau der Wirtschaft habe. Darüber hinaus spannte Biden den Bogen zu wirtschaftlicher Ungleichheit und der Notwendigkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Er wirft Trump vor, dass vom aktuellen Steuersystem lediglich Milliardäre und große Unternehmen profitierten, der einfache Amerikaner hingegen leide. Biden würde die republikanischen Steuererleichterungen zurücknehmen und Körperschaftssteuern anheben. Trumps Vorwurf, dass dadurch viele Unternehmen die USA verlassen würden, während unter seiner Präsidentschaft 700.000 Jobs im verarbeitenden Gewerbe in die USA zurückgekommen seien, konterte Biden mit Verweis auf die Verdienste der Obama-Regierung für die US-Autoindustrie. Im Bereich Klima und Energie versprach Biden den Wiedereintritt ins Pariser Klimaabkommen, die Förderung von erneuerbaren Energien und Elektro-Flotten sowie das Erreichen des Null-Emissions-Ziels bis 2035. Trump präsentierte kaum konkrete Vorhaben im Bereich der Klimapolitik. Insgesamt werden die Auswirkungen der diesjährigen TV-Duelle auf die Wahlentscheidung der US-Wähler als eher gering eingeschätzt.

Nachdem das zweite geplante TV-Duell zwischen den Präsidentschaftskandidaten aufgrund der Corona-Erkrankung Trumps in zwei separaten *Townhall*-Formaten stattfand, trafen die beiden Kandidaten am 22. Oktober in einem zweiten TV-Duell in Nashville aufeinander und diskutierten zu folgenden Themen: Bekämpfung der Corona-Pandemie, amerikanische Familien, *Race* in Amerika, Klimawandel, Nationale Sicherheit, *Leadership*. Insgesamt verlief die Debatte gesitteter und ermöglichte mehr Einblicke in die inhaltlichen Differenzen der Kandidaten. Intensiv diskutiert wurde die Frage, welche Politik gegenüber China im Kampf gegen illegale Handelspraktiken zu wählen sei. Biden betonte, er werde in enger Zusammenarbeit mit verbündeten Nationen China dazu bringen, die Regeln einzuhalten – insbesondere hinsichtlich geistigen Eigentums und Technologietransfers. Trump hingegen setzt weiter auf den Einsatz von Zöllen, welche seiner Meinung nach bereits die US-amerikanische Stahlindustrie gerettet hätten und zahlreichen Landwirten in den USA zugutegekommen seien. Biden sieht in Zöllen die Gefahr, dass diese US-amerikanischen Konsumenten schaden. Für den Neustart der Wirtschaft sieht Biden es als unerlässlich an, dass die weitere Ausbreitung des Corona-Virus verlangsamt wird. Trump betont die sinkende Sterberate und setzt auf den baldigen Einsatz eines Impfstoffs. Während Biden einen bundesweiten Mindestlohn von 15 US-Dollar unterstützt, spricht sich Trump dagegen aus, da dieser kleinen Unternehmen schaden und die wirtschaftliche Erholung ausbremsen würde. Des Weiteren diskutierten die Kandidaten zu klima- und energiepolitischen Themen: Trump betonte seinen Einsatz gegen den Klimawandel, indem er seine „One Trillion Trees Initiative“, verschiedene Maßnahmen zu verbesserter Luft- und Wasserqualität und sinkende CO₂-Emissionen in den USA, hervorhob. Durch den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen habe er viele Arbeitsplätze retten und wirtschaftliche Verluste verhindern können. Biden sieht im Klimawandel eine „existenzielle Bedrohung für die Menschheit“ (TV-Duell 22. Oktober 2020) und fordert ein Ende weiterer Deregulierungen im Öl- und Gassektor. Stattdessen wolle er in erneuerbare Energien und Gebäudesanierungen investieren und schließt auch eine graduelle Abkehr von fossilen Brennstoffen nicht aus. Trump kritisierte Bidens Energieplan, da dieser bis zu 100 Billionen US-Dollar koste und zahlreiche Arbeitsplatzverluste im Öl- und Gassektor verursache.

Die erste und einzige Debatte zwischen Senatorin Kamala Harris (CA) und Vizepräsident Mike Pence verlief gesitteter und erlaubte mehr Raum für Inhalte – neben einem starken Fokus auf die Coronakrise unter anderem auch für wirtschafts- und handelspolitische Themen. Während Harris das Management der Corona-Pandemie der Trump-Administration scharf kritisierte und Trump persönlich für über 200.000 Corona-Tote in den USA verantwortlich machte, verwies Pence auf das frühe Einreiseverbot für Einreisende aus China und die schnelle Entwicklung eines Impfstoffs. Die wirtschaftspolitischen Ansichten zeigten, so Harris, die fundamentalen Unterschiede der beiden Kandidaten: Während die Stärke der US-Wirtschaft für Biden in der Gesundheit und Stärke der amerikanischen Arbeiter zu finden sei, liege sie für Trump in der Gesundheit und Stärke der Reichen und Unternehmer. Pence warf der Obama-Präsidentschaft vor, 200.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren zu haben, und verwies auf die positiven Wirtschaftszahlen vor der Pandemie. Harris hingegen erinnerte an die Unterstützung Bidens für die US-Autoindustrie. In der Diskussion um die US-amerikanische Handelspolitik sieht Harris im Handelskonflikt mit China eine Niederlage der Trump-Administration. Pence sieht in Trump hingegen den ersten Präsidenten, der eine klare Haltung gegenüber China zeige. Pence warnt, Biden werde Zölle gegenüber China aufheben. Das neue Handelsabkommen der USA mit Kanada und Mexiko – USMCA – wird von Pence als ein großer Erfolg für US-Landwirte und Arbeiter im Automobilbereich beschrieben. Den Vorwurf, gegen USMCA gestimmt zu haben, ließ Harris unkommentiert. In der Diskussion um die US-amerikanische Außenpolitik betonte Harris die Bedeutung guter Beziehungen zu Verbündeten und kritisierte, die USA hätten unter Trump ihre Reputation weltweit verloren. Statt des unilateralen Ansatzes werde Biden Beziehungen zu alten Verbündeten und das gegenseitige Vertrauen wiederaufbauen.

Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Lage der transatlantischen Beziehungen

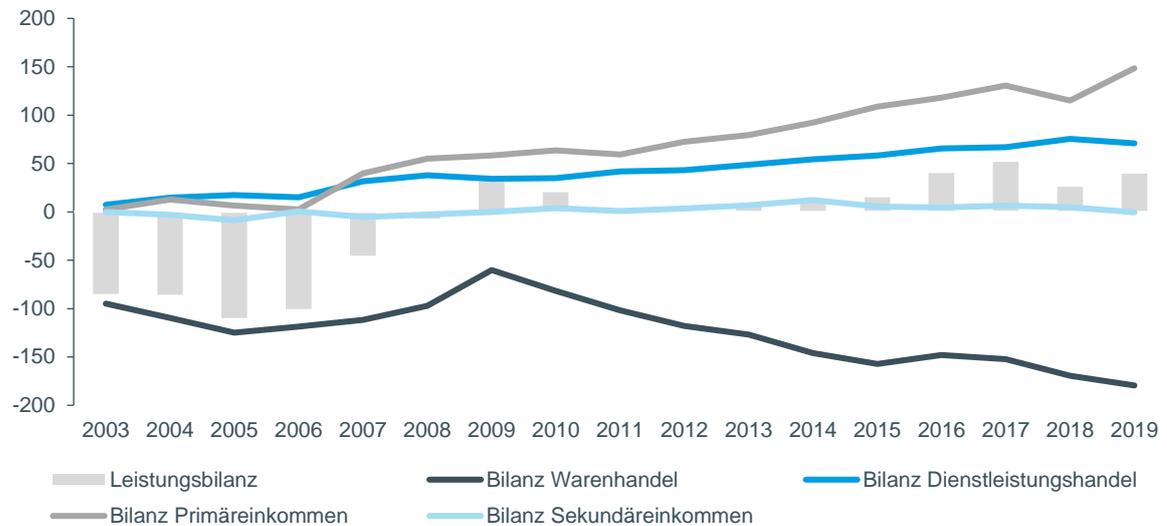
Die USA sind seit 2015 wichtigster Absatzmarkt für deutsche **Warenexporte**. Im Jahr 2019 machten deutsche Warenexporte in die USA 8,4 Prozent der Gesamtexporte aus. Dies entspricht einem Volumen von 119 Milliarden Euro. Für **Warenimporte** waren die USA 2019 Deutschlands drittwichtigster Handelspartner – hinter China und den Niederlanden. Im Jahr 2019 importierte Deutschland Waren im Wert von 71 Milliarden Euro aus den USA (Statistisches Bundesamt 2020).

Auch die **Investitionsbeziehungen** zwischen Deutschland und den USA sind in beide Richtungen stark. Deutsche Investoren hielten in den USA 2019 Investitionsbestände in Höhe von 522 Milliarden US-Dollar (BEA 2020c). In Unternehmen mit Beteiligung deutscher Investoren arbeiteten 2017 in den USA rund 773.800 Arbeitnehmer (BEA 2020c). US-Investoren hielten 2019 Investitionsbestände in Höhe von knapp 150 Milliarden US-Dollar in Deutschland. Unternehmen mit US-amerikanischer Beteiligung beschäftigten 2018 675.000 Arbeitnehmer in Deutschland, davon 362.000 im verarbeitenden Gewerbe (BEA 2020c).

Nach offiziellen Daten des Bureau of Economic Analysis verzeichnet die **US-EU-Leistungsbilanz** seit 2009 einen Überschuss für die USA. Während sich 2019 für den Warenhandel ein Defizit auf US-Seite von 179,5 Milliarden US-Dollar abzeichnete, wiesen die USA im Dienstleistungshandel (plus 71 Milliarden US-Dollar) und bei den Primär- und Sekundäreinkommen (plus 148 Milliarden US-Dollar) einen Überschuss gegenüber der EU auf.

US-EU-Leistungsbilanz, 2003-2019

in Milliarden US-Dollar



Quelle: Bureau of Economic Analysis, *International Transactions, International Services, and International Investment Position Tables*, <<https://apps.bea.gov/itable/itable.cfm?reqid=62&step=1>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

**Aktuelle Konflikte**

Das transatlantische Verhältnis wird aktuell durch verschiedene Konflikte und Streitthemen beeinträchtigt. Hierzu gehören unter anderem:

- **Bestehende Zölle auf Stahl, Aluminium und Derivate:** Die Trump-Administration hat mit dem Argument der nationalen Sicherheit eine Reihe von Sonderzöllen eingeführt. Seit Juni 2018 müssen deshalb Produzenten von Stahl und Aluminium aus der EU hohe Zölle auf ihre Exporte in die USA zahlen. Diese Zölle wurden zum 8. Februar 2020 auf weitere Metallprodukte ausgeweitet. Die EU antwortete ihrerseits mit Retorsionszöllen.
- **Androhung von Zöllen auf Autos, Kräne und Elektroteile:** Diese Zölle werden ebenfalls mit dem Argument nationaler Sicherheit angedroht. Trump hatte bis zum 14. November 2019 Zeit, auf Basis einer Gefährdungsuntersuchung des US-Wirtschaftsministeriums über die Verhängung von Zöllen auf Autos zu entscheiden. Diese Frist ist kommentarlos verstrichen. Eine Entwarnung kann dennoch nicht gegeben werden. Die Untersuchung in Bezug auf den Import von Kränen ist bis dato nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse der Untersuchung zu Elektroteilen wurden Ende Oktober 2020 dem Weißen Haus übermittelt.
- **Airbus-Boeing-Konflikt:** Auf Grundlage des Streitschlichtungsurteils der Welthandelsorganisation (WTO) über europäische Subventionen für das Unternehmen Airbus erheben die USA seit Oktober 2019 Retorsionszölle auf verschiedene Waren aus der EU. Mit der Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) vom 13. Oktober 2020 wird der EU die Möglichkeit gegeben, Strafzölle in Höhe von knapp vier Milliarden US-Dollar als Ausgleich für illegale Staatshilfen für das US-Unternehmen Boeing zu erheben. EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis

stellte klar, dass die EU eine Verhandlungslösung mit den USA, die eine Senkung der bestehenden US-Zölle vorsieht, präferiere. Sollten die Verhandlungen jedoch scheitern, würde die EU vor der Anwendung von Strafzöllen gegenüber den USA nicht zurückschrecken.

- **Nachbesetzung der vakanten Posten in der Berufungsinstanz (Appellate Body) der WTO:** Diese wird von den USA blockiert. Seit Ende 2019 hat das Gremium nur noch ein Mitglied. Für die Bearbeitung eines Falles sind jedoch drei Mitglieder notwendig.

Weitere Streitthemen betreffen unter anderem die Androhung von US-Zöllen als Antwort auf bestehende und geplante Digitalsteuern in der EU, die Ablehnung der USA eines europäischen „Carbon Border Adjustment“-Mechanismus, die Diskussion um den 5G-Ausbau, die Haltung gegenüber Huawei und der mögliche Ausstieg der USA aus dem WTO Government Procurement Agreement (Übereinkommen für das öffentliche Beschaffungswesen).

Die Verhandlungen über ein transatlantisches **Industriegüterabkommen** sowie über die gegenseitige Anerkennung von **Konformitätsbewertungen** sind aktuell festgefahren. Die EU-Kommission hat wiederholt Verhandlungsbereitschaft signalisiert und Vorschläge dazu vorgelegt.

Ein erster kleiner Erfolg liegt in der am 21. August 2020 verkündeten Einigung auf ein **Mini-Zollabkommen**. Dieses sieht die vollständige Rücknahme oder Senkung von Zöllen auf US-Hummer sowie auf EU-Exporte wie unter anderem bestimmte Fertigerichte, Zigarettenanzünder und Glaswaren vor.

Szenario Trump

Der Regierungsstil Trumps lässt sich in drei zentralen Ansätzen zusammenfassen: eine verstärkte Symbol- und Twitterpolitik, eine „America First“-Politik und ein Nullsummen-Denken in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Durch seine meist unberechenbare Symbol- und Twitterpolitik ist das Vertrauen in die USA als zuverlässiger Partner während der letzten Jahre in vielen Staaten gesunken. Dies gilt auch für zahlreiche handelspolitische Themen und wird sich in einer zweiten Amtszeit Trumps vermutlich nicht bessern. Durch seine „America First“-Politik setzt Trump zunehmend auf Protektionismus und Nationalismus. Auch unter einer weiteren Präsidentschaft Trumps ist die Hoffnung auf US-amerikanisches Engagement für multilaterale Lösungen gering. Trumps Nullsummen-Denken in internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird ferner zu einem zunehmenden „Decoupling“-Prozess führen und Handelskonflikte intensivieren. Insbesondere im Handelskonflikt mit China droht eine Eskalation unter einer weiteren Präsidentschaft Trumps.

Wirtschaftspolitik

Trump präsentiert keinen umfangreichen Wirtschaftsplan, sondern eine Stichpunktliste, die seine Ambitionen und Ziele skizziert. Insgesamt wird eine zweite Amtszeit Trumps weiter von Unsicherheiten und Unplanbarkeit für Unternehmen geprägt sein. Aus Angst vor einer Zollspirale werden Investitionen zurückgehalten. Dies ist schlecht für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Europa und den USA.

- **Inländische Produktion:** Trump setzt weiter auf Abschottung und nationale Alleingänge. Wertschöpfungsketten werden zunehmend de-globalisiert. US-Firmen, die im Inland produzieren, erhalten Steuererleichterungen. Insgesamt sollen innerhalb von zehn Monaten zehn Millionen neue Jobs geschaffen und eine Million kleine und mittelständische Unternehmen gegründet werden.
- **Handelspolitik:** Handelsabkommen wird es unter Trump nur nach dem Prinzip „America first“ geben. Ein ambitioniertes Freihandelsabkommen mit der EU ist unwahrscheinlich. Trump setzt

zunächst auf bilaterale Handelsabkommen mit strategischen Partnern, die den traditionellen Freihandels-Ansatz nicht mehr verfolgen. Von besonderem Interesse ist hierbei das Vereinigte Königreich.

- **China:** Der Konflikt mit China dürfte sich weiter zuzuspitzen. Firmen, die Arbeitsplätze nach China verlegen, sollen keine Aufträge der US-Regierung erhalten. Entsprechend dürften weitere Anreize durch Steuererleichterungen gesetzt werden, Arbeitsplätze aus China zurück in die USA zu bringen. Insgesamt sollen eine Million Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe aus China zurückgebracht werden. Auch die Ansage, China vollständig für die weltweite Verbreitung des Coronavirus verantwortlich zu machen, hat politische Sprengkraft und kann sich weiter negativ auf den Handelskonflikt mit China auswirken.
- **Innovation:** Trump zeigt sich ambitioniert und verspricht bahnbrechende Innovationen in den USA. So verfolgt er weiter die Ziele einer Weltraumarmee und einer ersten bemannten Mars-Mission. Weitere Schwerpunkte liegen in einer erfolgreichen Umsetzung von 5G als erste Nation, in einem weltweit besten Infrastruktursystem, in einem weltweiten Zugang zu sauberem Trinkwasser und sauberer Luft und im Einsatz gegen die Meeresverschmutzung.

Zukunft des transatlantischen Verhältnisses

Eine zweite Präsidentschaft Trumps würde das transatlantische Verhältnis weiter belasten. Trump vertritt die Ansicht, die EU sei dafür gegründet worden, die USA handelspolitisch auszuspielen („Nobody treats us much worse than the European Union“, Niemand behandelt uns viel schlechter als die Europäische Union). Seine Versuche, Europa zu spalten, würden anhalten. Ebenso wahrscheinlich ist, dass Zölle auf Aluminium und Stahl sowie Derivate weiter angewendet würden. Auch würde die Androhung von Zöllen auf Autos, Kräne und Elektroteile fort dauern. Neben geringen Chancen auf ein ambitioniertes Freihandelsabkommen der USA mit der EU könnte sich auch der Airbus-Boeing Konflikt weiter hinauszögern. Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen, ob nun – nachdem die WTO der EU das Recht zugesprochen hat, Zölle als Ausgleich für die Boeing-Subventionen zu erheben – eine Verhandlungslösung möglich ist. Mit Blick auf eine WTO-Reform könnten kleine Erfolge möglich sein. Hierbei besteht Hoffnung auf gemeinsame transatlantische Bemühungen für eine Verschärfung der bestehenden Regeln für Industriesubventionen, für eine Umkehrung der Beweislast bei besonders schädlichen Arten von Subventionen sowie für Regeln, die erzwungene Technologietransferpraktiken von Drittländern verhindern sollen. Hinsichtlich der Blockade des WTO-Streitbeilegungsmechanismus (Appellate Body) ist unter einer weiteren Präsidentschaft Trumps jedoch mit keiner Lösung zu rechnen.

Trump's „America First“-Politik und damit einhergehende geopolitische Rivalitäten belasten das transatlantische Verhältnis darüber hinaus massiv. Unter einer zweiten Präsidentschaft Trumps dürften die Sanktionen gegen Russland und den Iran fortbestehen. Auch gegenüber China würde Trump wahrscheinlich weiter auf Exportkontrollen und Investitionskontrollen setzen. Eine weitere Eskalation im Handelskonflikt mit China würde die EU schwer treffen. Die EU steht längst an einem Scheideweg zwischen der Option eines schwachen Blocks, der zwischen den zwei aufstrebende Mächten USA und China zerrieben wird, und der Möglichkeit, sich als „Soft Power“ in diesem Dreiecksverhältnis zu behaupten.

Szenario Biden

Aussagen über den Regierungsstil Bidens lassen sich aus seiner bisherigen politischen Karriere sowie aus seinen jüngsten Wahlkampfauftritten ableiten. Im Vergleich zu Trump ist Biden von internationaler

Rechtsprechung sowie von der Bedeutung internationaler Organisationen überzeugt. Sein Regierungsstil verspricht entsprechend, berechenbarer zu sein und einen entscheidenden Anteil auf die Entwicklung multilateraler Lösungen zu setzen. Ein weiterer Unterschied zu Trump liegt in Bidens Auffassung, die USA gewinnen ihre Stärke durch gute Beziehungen zu den Alliierten. Diese Überzeugung weckt Hoffnung auf verbesserte transatlantische Beziehungen. Sehr ähnlich sind sich Biden und Trump jedoch in ihrem Fokus auf binnenwirtschaftliche Themen. Auch unter Biden wird ein „Buy American“-Ansatz zentral sein. Für Biden steht die Förderung heimischer Produktion und die Bekämpfung der Corona-Pandemie zunächst an oberster Stelle.

Wirtschaftspolitik

Joe Biden stellte im Juli 2020 seinen Wirtschaftsplan „Build Back Better“ vor. Der Fokus liegt auf der Überwindung der Coronakrise. Der Plan hat einen Umfang von insgesamt 700 Milliarden US-Dollar: 400 Milliarden US-Dollar, um die Nachfrage nach heimischen Produkten anzukurbeln; 300 Milliarden US-Dollar Investitionen in Forschung und Entwicklung. Insgesamt sollen drei Millionen Jobs geschaffen werden.

- **Re-Shoring:** Auch Biden setzt eher auf innenpolitische und binnenwirtschaftliche Themen. Die Förderung inländischer Produktion („Buy American“) und die Stärkung der US-amerikanischen Mittelschicht haben Priorität. US-Firmen sollen mit Strafsteuern davon abgehalten werden, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Auch Staatsaufträge sollen prioritär an US-Unternehmen gehen. Für Unternehmen, die in den USA investieren, soll es dagegen Steuererleichterungen geben. Biden plant außerdem größere Investitionen für die Herstellung von Elektrofahrzeugen und die entsprechende Infrastruktur, um über eine Million Arbeitsplätze in der heimischen Automobilindustrie zu schaffen. Insbesondere bei kritischen Gütern wie Pharmazeutika und medizinischer Schutzausrüstung, setzt er auf mehr Unabhängigkeit von globalen Lieferketten und stattdessen auf lokale Beschaffungsmärkte.
- **Handelspolitik:** Entsprechend seines Fokus auf die Stärkung der heimischen Wirtschaft stuft er die Umsetzung neuer Handelsabkommen als zweitrangig ein. Zukünftige Handelsabkommen sollen, so Biden, auf höheren Umwelt- und Arbeitsschutzstandards basieren. Biden spricht sich deutlich gegen die Möglichkeit von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) für Unternehmen aus und ist auch gegen deren Aufnahme in zukünftige Handelsabkommen.
- **Zölle:** Biden plant eine kritische Prüfung bestehender Zölle. Wo für den Aufbau der Wirtschaft jedoch nötig, will auch er auf Zölle setzen. Anders als Trump wolle er deren Nutzen jedoch genau prüfen und sie nicht einsetzen, „um Härte vorzutäuschen“ („to fake toughness“).
- **China:** Auch unter Biden wird das Vorgehen gegen illegale Handelspraktiken Chinas eine Priorität sein. Hierfür will Biden alte Bündnisse wieder stärken, um gemeinsam gegen China vorzugehen.
- **Sanktionspolitik:** Auch unter Biden würde wahrscheinlich die US-amerikanische Sanktionspolitik der letzten Jahre – wenn auch in voraussichtlich abgemilderter Form – in Teilen fortgesetzt. In seinem Townhall Meeting bezeichnete Biden Russland als einen „Gegner“ und versicherte, Russland müsse unter seiner Präsidentschaft für die illegale Einmischung in US-Angelegenheiten zahlen. Trotz Nachfrage machte Biden bisher jedoch keine Angabe, wie er Russland sanktionieren wolle. Hinsichtlich der Pipeline Nord Stream 2 vertritt Biden die Auffassung, dass dies ein „grundsätzlich schlechter Deal“ sei. Vielmehr müsse die Unabhängigkeit Europas im Energiesektor gestärkt werden. Zu betonen ist jedoch, dass Biden in seinem Positionspapier keine Handelsstrafen im Zusammenhang mit Nord Stream 2 erwähnt. Mit Blick auf den Iran fordert Biden eine Lockerung der Sanktionen und eine Rückkehr zur internationalen Diplomatie. Eine Biden-Regierung

würde wahrscheinlich wieder dem *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) beitreten, unter der Voraussetzung, dass sich der Iran strikt an die Auflagen hält.

- **Multilateralismus:** Biden zeigt sich offener für multilaterale Organisationen und Verhandlungslösungen und plant, dem Pariser Klimaabkommen wieder beizutreten. Bei der WTO sieht Biden großen Reformbedarf, erkennt aber an, diese könne unter Mitwirkung der USA ein „effective tool“ sein. Darüber hinaus betont Biden die Wichtigkeit der westlichen Wertegemeinschaft und lässt hoffen, dass die transatlantische Zusammenarbeit intensiviert werden kann.

Zukunft des transatlantischen Verhältnisses

Unter einer Präsidentschaft Bidens besteht die Chance auf eine Besserung der transatlantischen Beziehung – ganz konfliktfrei war das transatlantische Verhältnis jedoch nie und wird die Zusammenarbeit auch in diesem Szenario nicht sein. Auch wenn sich Biden als großer Transatlantiker präsentiert, wird sein Fokus auf der Förderung heimischer Produktion liegen. Zu diesem Ziel schließt auch Biden die Anwendung von Zöllen, Exportkontrollen und Investitionskontrollen nicht aus. Der Präsidentschaftskandidat verspricht jedoch klarere Kriterien und eine kritische Prüfung vorhandener Zölle. Angesichts einer mehrheitlich skeptischen Einstellung der US-amerikanischen Wählerschaft gegenüber einem Freihandelsabkommen mit der EU, wird es ein solches in einem ambitionierten Umfang auch unter Biden nicht geben. Weit oben auf der Agenda Bidens dürfte dafür ein verbesserter Zugang zum europäischen Agrarmarkt stehen. Mit Blick auf mehr transatlantische Zusammenarbeit gegen den Klimawandel dürfte die EU in Biden einen zuverlässigeren und engagierteren Partner für weltweiten Umweltschutz finden. Die Europäische Idee des „Carbon Border Adjustment“-Mechanismus würden die USA aber auch unter einem Präsidenten Biden sehr kritisch sehen. Hinsichtlich der WTO ist ein offener Dialog mit den USA zu deren Reform zu erwarten.

Bidens Positionen gegenüber Drittstaaten versprechen ebenfalls eine verbesserte transatlantische Zusammenarbeit, machen aber gleichzeitig eine klare geopolitische Positionierung der EU unbedingt notwendig. Anders als unter einer Präsidentschaft Trumps kann sich die EU in ihrer weltpolitischen Verantwortung nicht mehr hinter der Kritik an Trump verstecken. Insbesondere in sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereichen wird ein US-Präsident Biden seinen transatlantischen Verbündeten wahrscheinlich mit klaren Erwartungen begegnen. Dies gilt auch für den Kampf gegen illegale Handelspraktiken Chinas. Hier dürfte Biden ebenfalls eine klare kritische Haltung gegenüber China einnehmen und mehr Unterstützung der Europäer einfordern.

Quellenangaben

Advertising Analytics 2020a, *2020, Political Spending Projections*, <<https://www.politico.com/f/?id=0000016b-b029-d027-a97f-f6a95aca0000>> (eingesehen am 20. Oktober 2020).

Advertising Analytics 2020b, , *.@JoeBiden's 2020 spending (1/1-11/3) has reached the half a billion mark at \$502 M. #Election 2020*, <https://twitter.com/Ad_Analytics/status/1314607694419054593?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1314607694419054593%7Ctwgr%5Eshare_3%2Ccontainer-click_0&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.cnbc.com%2F2020%2F10%2F09%2Fjoe-biden-hits-half-billion-dollar-mark-for-ads-in-trump-challenge.html> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Altig, David; Bloom, Nick; Davis, Steven; Myer, Brent; Parker, Nick, 2019, *Tariff Worries and U.S. Business Investment, Take Two. Macroblog-Federal Reserve Bank of Atlanta*, <<https://www.frbatlanta.org/blogs/macroblog/2019/02/25/tariff-worries-and-us-business-investment-take-two>> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

Amiti, Mary; Redding, Stephen J.; Weinstein, David, 2019, *The Impact of the 2018 Trade War on U.S. Prices and Welfare*, <<http://www.princeton.edu/~reddings/papers/CEPR-DP13564.pdf>> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

Bekkers, Eddie; Schroeter, Sofia, 2020, *An Economic Analysis of the US-China Trade Conflict, WTO Staff Working Paper ERSD-2020-04*, <https://www.wto.org/english/res_e/reser_e/ersd202004_e.pdf> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

Bertelsmann Stiftung 2019, *United States Report: Sustainable Governance Indicators 2019*, <https://www.sgi-network.org/docs/2019/country/SGI2019_USA.pdf> (eingesehen am 15. Oktober 2020).

Bureau of Economic Analysis 2020a, *Gross Domestic Product: Percent Change from Preceding Period*, <<https://www.bea.gov/national/xls/gdpchg.xls>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

Bureau of Economic Analysis 2020b, *U.S. International Trade in Goods and Services*, <<https://www.bea.gov/sites/default/files/2020-10/trad0820.pdf>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

Bureau of Economic Analysis 2020c, *U.S. International Transactions*, <<https://www.bea.gov/data/intl-trade-investment/international-transactions>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

Bureau of Economic Analysis 2020d, *Direct Investment by Country and Industry*, <<https://www.bea.gov/data/intl-trade-investment/direct-investment-country-and-industry>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Bureau of Labor Statistics 2020a, *Economic News Release: Employment Situation Summary*, <<https://www.bls.gov/news.release/empsit.a.htm>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

Bureau of Labor Statistics 2020b, *Job Openings and Labor Turnover Survey, Job Openings*, <https://data.bls.gov/timeseries/JTU3000000000000000JOL?amp%253bdata_tool=XGtable&output_view=data&include_graphs=true> (eingesehen am 22. Oktober 2020).

Bureau of Labor Statistics 2020c, *Job Openings and Labor Turnover Survey, Hires*, <https://data.bls.gov/timeseries/JTU3000000000000000HIL?amp%253bdata_tool=XGtable&output_view=data&include_graphs=true> (eingesehen am 22. Oktober 2020).

Calculator.Net 2020, *Inflation Calculator*, <<https://www.calculator.net/inflation-calculator.html>> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

CBO 2020a, *An Update to the Economic Outlook: 2020 to 2030*, <<https://www.cbo.gov/system/files/2020-07/56442-CBO-update-economic-outlook.pdf>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

CBO 2020b, *Monthly Budget Review for September 2020*, <<https://www.cbo.gov/system/files/2020-10/56661-MBR.pdf>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

CNN 2020, *These four charts show Trump's and Biden's battleground advertising strategy*, 8. September 2020, <<https://edition.cnn.com/2020/09/06/politics/battlegrounds-campaign-ad-spending/index.html>> (eingesehen am 15. Oktober 2020).

Committee for a Responsible Federal Budget 2020, *Covid Money Tracker*, <<https://www.covidmoneytracker.org/>> (eingesehen am 27. Oktober 2020).

Deloitte 2020, *COVID-19's Impact on US Income Inequality: It's Going To Get Worse Before It Gets Better*, <<https://www2.deloitte.com/us/en/insights/economy/issues-by-the-numbers/covid-19-impact-on-income-inequality.html>> (eingesehen am 20. Oktober 2020).

Federal Reserve 2020, *Projection Materials (Press Conference 15-16 September 2020)*, <<https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/files/fomcprojt20200916.pdf>> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of New York 2020, *Quarterly Report on Household Debt and Credit*, <https://www.newyorkfed.org/medialibrary/interactives/householdcredit/data/pdf/HHDC_2020Q2.pdf> (eingesehen am 14. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2014, *The Fred Blog, Manufacturing is growing, even when manufacturing jobs are not*, 18.12.2014, <<https://fredblog.stlouisfed.org/2014/12/manufacturing-is-growing-even-when-manufacturing-jobs-are-not/>> (eingesehen am 23. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2019a, *Real Disposable Personal Income: Per Capita*, 30.09.2020, <<https://fred.stlouisfed.org/series/A229RX0Q048SBEA>> (eingesehen am 14. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2019b, *The Fred Blog, Is the decline in manufacturing economically "normal"?* Deciphering the phases of economic development, 30.12.2020, <<https://fredblog.stlouisfed.org/2019/12/is-the-decline-in-manufacturing-economically-normal/>> (eingesehen am 23. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2020a, *Real private fixed investment: Nonresidential: Structures: Manufacturing*, <<https://fred.stlouisfed.org/series/C307RX1Q020SBEA>> (eingesehen am 23. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2020b, *Average Hourly Earnings of Production and Nonsupervisory Employees, Manufacturing*, <<https://fred.stlouisfed.org/series/CES3000000008>> (eingesehen am 23. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2020c, *Gross Domestic Product by Industry: Private Industries: Manufacturing for United States*, <<https://fred.stlouisfed.org/series/USMANNQGSP>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Federal Reserve Bank of St. Louis 2020d, Gross Domestic Product <<https://fred.stlouisfed.org/series/GDP>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Fivethirtyeight 2020, *Latest Polls*, <<https://projects.fivethirtyeight.com/polls/>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Goswami, Sanjana, 2020, *Employment Consequences of U.S. Trade Wars*, <https://sanjanagoswami.github.io/files/SGoswami_JMP.pdf> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

IWF 2020, *World Economic Outlook, October 2020: A Long and Difficult Ascent*, <<https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/09/30/world-economic-outlook-october-2020>> (eingesehen am 14. Oktober 2020).

Moody's 2019, *Trade War Chicken: The Tariffs and the Damage Done*, <<https://www.moodyanalytics.com/-/media/article/2019/trade-war-chicken.pdf>> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

Office of Management and Budget 2020, *Table 7.1—Federal Debt at the End of Year: 1940–2025*, <<https://www.whitehouse.gov/omb/historical-tables/>> (eingesehen am 27. Oktober 2020).

OECD 2019a, *OECD Economic Outlook, Volume 2019 Issue 2*, <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/9b89401b-en/1/2/3/47/index.html?itemId=/content/publication/9b89401b-en&_csp_=dfa9d861509505eac6168a6630ad633f&itemGO=oecd&itemContentType=book> (eingesehen am 21. Oktober 2020).

OECD 2020a, *Economic Outlook, Interim Report, Volume 2020 Suppl 1*, <https://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-outlook/volume-2020/issue-1_34ffc900-en> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

OECD 2020b, *Economic Outlook, Volume 2020 Issue 1*, <https://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-outlook/volume-2020/issue-1_0d1d1e2e-en> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

OECD 2020c, *OECD.Stat Economic Outlook – EO107 – 2 Scenarios in one Dataset*, <https://stats.oecd.org/viewhtml.aspx?datasetcode=EO_EDITIONS&lang=en#> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

OECD 2020d, *Employment Outlook*, <https://www.oecd-ilibrary.org/employment/oecd-employment-outlook-2020_1686c758-en> (eingesehen am 13. Oktober 2020).

OECD 2020e, *OECD.Stat Income Distribution Database*, <<https://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=66670>> (eingesehen am 14. Oktober 2020).

Office for National Statistics 2020, *Household Income Inequality, UK: Financial Year Ending 2020 (provisional)*, <<https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/personalandhouseholdfinances/incomeandwealth/bulletins/householdincomeinequalityfinancial/financialyearending2020provisional>> (eingesehen am 20. Oktober 2020).

Parolin, Zachary; Curran, Megan; Matsudaira, Jordan; Waldfogel, Jane; Wimer, Christopher 2020, *Monthly Poverty Rates in the United States during the COVID-19 Pandemic*, Poverty and Social Policy Working Paper 15 October 2020, <<https://static1.squarespace.com/static/5743308460b5e922a25a6dc7/t/5f87c59e4cd0011fabd38973/1602733471158/COVID-Projecting-Poverty-Monthly-CPSP-2020.pdf>> (eingesehen am 19. Oktober 2020).

Pew Research Center 2020a, *Trump Approval More Polarized Than For Any Other President Since Eisenhower*, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2020/08/24/trumps-approval-ratings-so-far-are-unusually-stable-and-deeply-partisan/ft_2020-08-24_trumpapproval_01/> (eingesehen am 15. Oktober 2020).

Pew Research Center 2020b, *Voters' Attitudes About Race and Gender Are Even More Divided Than in 2016*, <<https://www.pewresearch.org/politics/2020/09/10/voters-attitudes-about-race-and-gender-are-even-more-divided-than-in-2016/>> (eingesehen am 15. Oktober 2020).

Pew Research Center 2020c, *2020 Presidential Preference Detailed Tables*, <<https://www.pewresearch.org/politics/2020/08/13/election-2020-voters-are-highly-engaged-but-nearly-half-expect-to-have-difficulties-voting/>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

RealClear Politics 2020, *RealClearPolitics Election 2020*, <https://www.realclearpolitics.com/> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Rhodium Group 2020, *Two-Way Street: 1H 2020 Update, Pandemic and Politics: US-China Investment Hits Nine-Year Low*, <https://www.ncuscr.org/sites/default/files/page_attachments/Two-Way-Street-2020-1H-2020-Update-Report-%2029Sep2020.pdf> (eingesehen am 23. Oktober 2020).

Silver, Nate 2020, *8 Tips To Stay Sane In The Final 15 Days of the Campaign*, <<https://fivethirtyeight.com/features/8-tips-to-stay-sane-in-the-final-15-days-of-the-campaign/>> (eingesehen am 20. Oktober 2020).

Statistisches Bundesamt, *Aktuelle Daten zum Deutschen Außenhandel*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html#sprg238720> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

Thomas 2020, *May/June 2020 Thomas Report: COVID-19's Impacts on North American Manufacturing*, <<https://business.thomasnet.com/covid-19-survey-reports>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

U.S. Census Bureau 2019, *Poverty Thresholds*, <<https://www.census.gov/data/tables/time-series/demo/income-poverty/historical-poverty-thresholds.html>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

U.S. Census Bureau 2020, *Income and Poverty in the United States: 2019*, <<https://www.census.gov/library/publications/2020/demo/p60-270.html>> (eingesehen am 20. Oktober 2020).

U.S. Congress 2019, *H.R. 3877 – Bipartisan Budget Act of 2019, 2019*, <<https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/3877>> (eingesehen am 21. November 2019).

U.S. Department of the Treasury 2019a, *Mnuchin and Vought Release Joint Statement on Budget Results for Fiscal Year 2019*, 25.10.2019 <<https://home.treasury.gov/news/press-releases/sm806>> (eingesehen am 27. Oktober 2020).

Wesleyan Media Project 2020, *Dems Dominate Ad Spending Up and Down Ballot*, <<https://mediaproject.wesleyan.edu/releases-100120/#table1>> (eingesehen am 26. Oktober 2020).

World Economic Forum 2020, *Is the American Dream Over? Here's What the Data Says*, <<https://www.weforum.org/agenda/2020/09/social-mobility-upwards-decline-usa-us-america-economics/>> (eingesehen am 14. Oktober 2020).

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Autoren

Dr. Stormy-Annika Mildner
T: +493020281582
S.Mildner@bdi.eu

Elisabeth Allmendinger
T : +493020281496
E.Allmendinger@bdi.eu

Valerie Ross
T : +493020281623
V.Ross@bdi.eu

Julia Howald
T : +493020281483
J.Howald@bdi.eu

Anna Kantrup
T : + 493020281526
A.Kantrup@bdi.eu

Kate Tepper
T: +493020281499
K.Tepper@bdi.eu

Dokumentennummer: D1262